

# offen-siv

---

**Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

**3/2016**

---

**Spendenempfehlung: 3,00 €**

## **Ausgabe Mai-Juni 2016**

Redaktionsnotiz.....	3
Nachrichten und Berichte.....	4
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Heinz Hammer presente.....	4
Gemeinsame Erklärung von kommunistischen und Arbeiterparteien.....	6
<i>Tibor Zenker</i> : Finanzterrorismus und Navigationsjournalismus...	9
<i>Irene Eckert</i> : Vor 17 Jahren - Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges zur Zerstörung Jugoslawien am 24. März 1999.....	13

<i>Brigitte Queck</i> : Internationaler Strafgerichtshof gegen den ehemaligen Präsidenten der bosnisch-serbischen Republik Republika Srpska, Radovan Karadzic.....	17
<i>KPP</i> : Aufruf zur Solidarität mit der Kommunistischen Partei Polens.....	21
<i>Kommunistische Initiative Deutschland</i> : Enge Zusammenarbeit von KI und KPD.....	23
<i>Unentdecktes Land e.V.</i> : Liebe Unterstützende der "Erklärung der Generationen".....	24
Italien.....	26
<i>Gerhard Feldbauer</i> : Mit landesweitem Streik sagten Italiens Metallarbeiter Unternehmern den Kampf an.....	26
Slowakei.....	32
<i>Jozef Výrostek</i> : Geschichte und Gegenwart der Slowakei.....	32
Nordkorea.....	61
<i>Brigitte Queck</i> : Einseitiges Herangehen an die Nuklearfrage Nordkoreas.....	61
Erfahrungen in und mit der DKP.....	63
<i>Miclas Lacorn</i> : Zur Arbeit der DKP und ihrer Schiedskommission in der Praxis.....	63
Unterstützungsaufwurf für die Zeitschrift GEHEIM.....	66
<i>Redaktion Geheim</i> : In eigener Sache.....	66
Veranstaltungshinweis.....	67
Lesung mit Michael Kubi - „Die Sowjetdemokratie und Stalin“..	67

## **Impressum**

### **offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden**

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Redaktion offen-siv, Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14, 37194 Bodenfelde-Wahmbeck

Tel.u.Fax: 05572 – 99 22 42, Mail: [redaktion@offen-siv.com](mailto:redaktion@offen-siv.com), Internet: [www.offen-siv.net](http://www.offen-siv.net)

#### Spendenkonto:

In- und Ausland: Konto Frank Flegel,

IBAN: DE10 2505 0180 0021 8272 49, BIC: SPKHDE2HXXX;

Kennwort Offensiv.

## Redaktionsnotiz

Dieses Heft enthält Artikel zu sehr unterschiedliche Themen: Zu den so genannten Panama-Papieren und dem Umgang mit ihnen, zur Friedensbewegung und den Wurzeln ihrer Probleme, zum Internationalen Strafgerichtshof, über die Slowakei, über Nordkoreas Atomprogramm, über die Metallereits in Italien, die Kommunistenverfolgung in Polen, zu einigen Interna aus der DKP, über die Annäherung der KI an die KPD und zum Tod von Heinz W. Hammer. Außerdem bringen wir die gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien zur durch den Imperialismus hervorgerufenen Flüchtlingsbewegung und einen Spendenaufruf für die Zeitschrift Geheim.

Wir behandeln zwei Themen nicht, deren Analyse uns aber sehr am Herzen liegt: Russland und Cuba, konkreter: eine Analyse der gesellschaftlichen Verfasstheit Russlands und der russischen Außenpolitik - sowie eine Analyse zum neuen cubanischen Kurs, Cuba auf dem Weg zum Marktsozialismus. Beides bedarf einer seriösen Quellen- und Theoriearbeit. Ein sehr guter Artikel zu Russland liegt uns in englischer Sprache vor, die Übersetzung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, so dass wir diesen Artikel erst in der Sommer-Ausgabe bringen können. Die Ergebnisse des 7. Parteitag der Kommunistischen Partei Cubas auszuwerten und zu analysieren wird ebenfalls einige Arbeit machen und einige Zeit in Anspruch nehmen, wir müssen uns dieser Aufgabe aber stellen, denn es geht um Vieles und um Grundsätzliches. Beides also im nächsten Heft.

Die Lay-Out-Probleme, die aus irgendeinem Grund auf dem Übermittlungsweg von uns zur Druckerei entstanden sind, haben wir, wie Ihr sicherlich gesehen habt, auch im zweiten Heft des Jahres, der März-April-Ausgabe, nicht vollkommen abstellen können. Wir arbeiten weiter daran.

Heinz W. Hammer ist tot. Mit ihm verlieren wir einen hervorragenden Kommunisten und Cuba-Aktivist. Gerhard Feldbauer hat es für uns übernommen, einen Nachruf zu schreiben. Trotzdem von uns ein paar persönliche Worte: Wir kennen Heinz seit dem Cuba-Kongress 1992. Seit der Gründung unserer Zeitschrift offen-siv Ende 1993 war er uns verbunden, oft zustimmend, manchmal begeistert, manchmal auch kritisch, aber stets solidarisch. Er hat uns immer wieder Artikel geschickt, mit Leserbriefen in Diskussionen eingegriffen, uns Hinweise und Tipps gegeben und damit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der offen-siv geleistet. Voller Dank und Anerkennung verneigen wir uns auch deshalb vor ihm. Er ist viel zu früh von uns gegangen.

Redaktion offen-siv

**Spendenkonto Offensiv:**

**Konto Frank Flegel,**

**IBAN: DE 10 2505 0180 0021 8272 49,**

**BIC: SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.**

<h2>Nachrichten und Berichte</h2>
-----------------------------------

### ***Gerhard Feldbauer: Heinz Hammer presente***

#### **Wir trauern um den Kommunisten, proletarischen Internationalisten und treuen Freund Kubas**

Mit Heinz W. Hammer, der am 31 März verstarb und am 22. April auf dem Bergfriedhof in Essen beigesetzt wurde, haben wir einen leidenschaftlichen Kommunisten und proletarischen Internationalisten, der als treuer Freund Kubas seine ganze Kraft für die Verteidigung des ersten sozialistischen Staates auf diesem Kontinent einsetzte, verloren.

Die schwere Niederlage des Sozialismus in Europa bedrohte auch die Existenz Kubas, das u.a. über 80 Prozent seiner Handelspartner verlor. Allein von der Kohl-Regierung wurden nach Einverleibung der DDR über 100 einst mit Kuba geschlossene Verträge mit einem Schlag völkerrechtswidrig gebrochen. Während die DDR stets hinter Kuba stand, stellte die BRD sich an die Seite der Contras in Miami.

In dieser Situation ergriff Heinz als Vorsitzender der Regionalgruppe Essen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba die Initiative zur Gründung des „Netzwerk Cuba“. Es entstand eine Solidaritätsbewegung, die mit Abstand zur größten in Deutschland und wahrscheinlich auch eine weltweit herausragende wurde. Das Netzwerk, dessen Vorsitz er mehrere Jahre selbst ausübte, verkörperte das von Che Guevara geprägte berühmte Motto „Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker“.

Es wurde auch der Titel des Buches, das Heinz zusammen mit Frank Schwitalla von der Gruppe „Bremen-Cuba-Solidarität konkret“ zum 20. Jahrestag des Netzwerkes verfasste. Der gerade jetzt zum Lesen zu empfehlende Band<sup>1</sup> zeichnet den Entste-

---

<sup>1</sup> „Solidarität, die Zärtlichkeit der Völker - 20 Jahre Netzwerk Cuba“. Papyrossa Verlag, Köln 2013. 246 S. Vorgestellt von Gerhard Feldbauer in „junge Welt“, 19. August 2013,

hungsweg des Dachverbandes nach, angefangen vom ersten Treffen interessierter Gruppen im Mai 1991 über den bedeutenden I. Internationalen Kuba-Kongress in Bonn am 23. Mai 1992 bis zum 16. Europa-Treffen der Kuba-Solidarität im November 2012 mit Teilnehmern aus 30 Staaten und 54 Organisationen in Berlin. Das Buch legt Zeugnis ab, wie Kuba nach dem Sieg der Konterrevolution in den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas der verschärften politischen und Wirtschaftsblockade widerstand und unbeirrt seinen sozialistischen Kurs fortsetzte. Bedingung für die Wirksamkeit der Solidarität war der nicht zu brechende Widerstandswille des kubanischen Volkes, den seine Kommunisten zu mobilisieren verstanden und weiter verstehen.

Heinz, der sich stets als ein kluger Bündnispolitiker erwies, trug maßgeblich dazu bei, dass mit dem „Netzwerk Cuba“ eine Bündnisorganisation entstand, die viele unterschiedliche gesellschaftliche, aber auch sich nicht politisch verstehende Kräfte über Meinungsverschiedenheiten hinweg zusammenschloss. Nicht alle Aktivitäten Heinz' lassen sich hier unterbringen, aber nicht fehlen dürfen sein unermüdlicher Einsatz im weltweiten und erfolgreichen Kampf für die Befreiung der „Cuban Five“ aus den USA-Kerkern. Kein Jahr verging, wo er nicht am 12. September zu den Organisatoren einer Kundgebung vor dem Konsulat der USA in Düsseldorf gehörte. Der Staatsrat der Republik Kuba würdigte ihn mit der „Medaille der Freundschaft“ als „Geste einer ewigen Anerkennung im Namen des kubanischen Volkes“.

Heinz war als Diplomsozialpädagoge bis 1997 in Straßensozialprojekten, im Betriebssozialdienst, in der Alkoholkranken- und Schuldnerberatung, der Kinder- und Jugendarbeit und in Flüchtlingsunterkünften - immer mit ausgezeichneten Arbeitszeugnissen - tätig.

Nach einer Lungenoperation war er seit 2003 schwerbehindert und nur noch halbtags erwerbsfähig, fand aber keine Arbeit mehr und landete in der Arbeitslosigkeit. Seit 2005 Hartz-IV-Bezieher, klagte er bis 2007 dagegen und machte das Sozialgericht zum Tribunal gegen das menschenfeindliche kapitalistische System der Bundesrepublik, das diese Praxis hervorbringt, die nach Geist und Buchstaben grundgesetzwidrig ist. Ohne Rechtsbeistand, denn sein Antrag auf Prozesskostenhilfe und Beiordnung eines Rechtsanwalts wurde abgelehnt, bewies der Kläger, gestützt auf erste Bilanzen "1 Jahr nach Hartz IV", dass mit diesem System "bisher geltende sozialethische Leitformeln“, wie z.B. im § 1 Abs. 2 BSHG, die Führung eines Lebens, „das der Würde des Menschen entspricht“ liquidiert wurden. Heinz stellte die Frage: "wo leben wir eigentlich" und entlarvte in brillanter Weise, wie deutsche Gerichte die Korruptionsvergehen und die Hunderte von Millionen Euro umfassenden Steuerhinterziehungen von Wirtschaftsmanagern bagatellisieren, mit den Kriminellen Deals schließen und diese mit lächerlich geringen Strafen davonkommen, während Hartz-IV-Bezieher

schon wegen geringster "Vergehen" bestraft und selbst ins Gefängnis gesperrt werden. Ausführlich ging Heinz auf die kriminellen Delikte des Hartz-IV-Erfinders ein, der in einem der übelsten Korruptionsskandale in mindestens 44 Fällen der Veruntreuung von rund 2,6 Millionen Euro schuldig befunden worden war und entlarvte ihn der Zuhältertigkeit für eben das kapitalistische Ausbeutungssystem.<sup>2</sup>

Heinz wurde nur 61 Jahre alt. Er hat ohne sich zu schonen für das Recht der Unterdrückten und Diffamierten in dieser Ausbeutergesellschaft gekämpft. Konsequenz und Unnachgiebigkeit, Klarheit in Haltung und Sprache und seine unerschütterliche Überzeugung von einer besseren Welt, die es zu erkämpfen gelte, prägten seine Publikationen von „UZ“ bis „NRhZ“, in Hunderten von Leserbriefen und Statements. Es wird schwer sein, ihn zu ersetzen. Aber er hatte einen breiten Kreis von Freunden und Kämpfern um sich geschart, die sein Werk fortsetzen werden, in dem Heinz immer Presente sein wird.

**Die Gruppe Essen der FG Kuba, die die Beisetzung finanzierte und alle mit seinem Tod auftretenden Probleme bestreitet, bittet um Spenden auf das Konto IBAN: DE51 36050105 0 005101563**

## **Gemeinsame Erklärung von kommunistischen und Arbeiterparteien**

**Wir müssen dem Ausbeutersystem entgetreten, welches verantwortlich ist für immer neue Kriege, Massenflucht, Immigration und Armut. Solidarität mit den Flüchtlingen und Immigranten!**

Wir, die unterzeichnenden kommunistischen und Arbeiterparteien, klagen die imperialistische Aggressivität, die Interventionen und die Kriege an, die die USA, die NATO und die EU sowie deren „Alliierte“, die Türkei, Saudi Arabien und Qatar zu verantworten haben. Die kriminellen Aktivitäten dieser Mächte hat dazu geführt, dass Millionen von Menschen zu Flüchtlingen und Immigranten wurden.

Alle bourgeoisen Regierungen, die während all der Jahre mit Waffen und Soldaten teilgenommen haben an diesen Verbrechen, die den Kriegstreibern assistiert haben und die alle Vorgaben weiterverbreitet haben, um die Entfesselung dieser imperialisti-

---

<sup>2</sup> Gerhard Feldbauer: "Die Mühlen der deutschen Klassenjustiz. Der Kommunist Heinz-W. Hammer klagt gegen Hartz IV". In: „Unsere Zeit“, 23. Februar 2007.

schen Interventionen zu rechtfertigen, haben jede seriöse Verantwortlichkeit aufgegeben.

Wir klagen die EU und alle bürgerlichen Regierungen an, die der Linie der polizeilich-militärischen Bekämpfung der Flüchtlinge folgen, welche vor dem Krieg, dem Elend und dem Menschenhandel fliehen.

Wir fordern die Wiederherstellung der Solidarität und des Gedankens der Klasseneinheit mit denjenigen Menschen, die die Opfer der imperialistischen Interventionen und der imperialistischen Ausbeutung sind.

Wir fordern die Völker auf, den Kampf zu intensivieren gegen die Ursachen, die zu millionenfacher Flucht führen und gleichzeitig Schulter an Schulter zu stehen mit den Flüchtlingen und Immigranten, die unter vielfältigen inhumanen Bedingungen leiden. Die Völker müssen ihre Regierungen dazu zwingen, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Flüchtlinge aufzunehmen und sie zu schützen und gleichzeitig die repressiven Maßnahmen einschließlich der Dublin-III-Regelungen abzuschaffen.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien kämpfen gegen die Versuche der Bourgeoisie und ihrer Regierungen, die Flüchtlinge und Immigranten zu benutzen, um Errungenschaften der Arbeiterklasse anzugreifen und die Ausbeutung sowohl der Flüchtlinge/Immigranten als auch der gesamten Arbeiterklasse zu verschärfen.

Im Interesse der Arbeiterklasse müssen wir unsere Anstrengungen im Kampf gegen die USA, die NATO, die EU, die imperialistischen Interventionen und Kriege und gegen jeden Versuch der Imperialisten, die Menschen zu manipulieren, verstärken und vereinigen. Wir müssen den Konflikt mit dem Ausbeutersystem, das zu Krieg, Armut, Flucht und Immigration führt, organisieren, so dass Bedingungen hergestellt werden können, die den Flüchtlingen und Immigranten es erlauben, in ihre Heimatländer zurückzukehren, weil die Völker dort ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen.

1. Communist Party of Albania
2. PADS
3. Communist Party of Australia
4. Party of Labour of Austria
5. Communist Party of Bangladesh
6. Brazilian Communist Party
7. Communist Party of Brazil
8. Communist Party of Britain
9. Communist Party of the Workers of Belarus
10. Communist Party of Bulgaria

11. Union of Communists in Bulgaria
12. Communist Party of Canada
13. AKEL
14. Communist Party of Bohemia & Moravia
15. Communist Party in Denmark
16. Communist Party of Denmark
17. Communist Party, Denmark
18. Communist Party of Finland
19. Communist Workers' Party for Peace and Socialism (Finland)
20. German Communist Party
21. Unified Communist Party of Georgia
22. Communist Party of Greece
23. People's Progressive Party of Guyana
24. Tudeh Party of Iran
25. Communist Party of Ireland
26. Workers' Party of Ireland
27. Communist Party, Italy
28. Socialist Movement Kazakhstan
29. Socialist Party of Latvia
30. Communist Party of Malta
31. Communist Party of Mexico
32. Popular Socialist Party of Mexico
33. New Communist Party of the Netherlands
34. Communist Party of Norway
35. Communist Party of Pakistan
36. Palestinian Communist Party
37. Palestinian Peoples' Party
38. Philippines Communist Party [PKP-1930]
39. Russian Communist Workers Party
40. Communist Party of the Soviet Union
41. Communist Party of the Russian Federation
42. New Communist Party of Yugoslavia
43. Party of the Communists of Serbia
44. Communist Party of Slovakia
45. Communist Party of the Peoples of Spain
46. Galizan People's Union
47. Communist Party of Sweden
48. Communist Party, Sweden
49. Syrian Communist Party
50. Communist Party of Tadjikistan

51. Communist Party, Turkey
52. Communist Party of Ukraine
53. Union of Communists of Ukraine
54. Freedom Road Socialist Organization [USA]
55. Party of Communists USA
56. Party for Socialism and Liberation [USA]
57. Communist Party of Venezuela

15.03.2016, Quelle: www.kke.gr

## **Tibor Zenker: Finanzterrorismus und Navigationsjournalismus**

### ***Kommentar von Tibor Zenker zu den „Panama Papers“, ihrer Bedeutung und dem medialen Umgang damit***

Oh, wie schön, dass es investigativen Journalismus gibt! Nie wäre man sonst auf die Idee gekommen, dass in unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im großen Ausmaß systematischer Beschiss zugunsten der Reichen und Superreichen existiert. Unternehmen und Konzerne, Milliardäre und Millionäre, gut betuchte Sportler und Künstler, korrupte Politiker und hauptberufliche Kriminelle nutzen offenbar legale, halblegale und illegale Möglichkeiten, um ihr Vermögen steuerschonend zu verstecken und/oder – im Falle allzu fragwürdiger Herkunft – weiß zu waschen. Hierbei sind ihnen Banken, Anwaltskanzleien und sogar staatliche Einrichtungen behilflich. Man möchte es kaum glauben. Gar nicht auszudenken, was für andere Schweinereien im Kapitalismus sonst noch möglich sein könnten! Wer weiß? Am Ende werden kapitalistische Vermögen womöglich gar nur durch maximale Ausbeutung der arbeitenden Menschen angehäuft?

Natürlich werden sie das. Das ist ja das Grundprinzip des Kapitalismus: Die Masse der Menschen arbeitet – und wird niemals reich. Eine kleine Minderheit, die nicht arbeitet, wird dafür aber immer reicher. Das ist der Deal. So weit, so altbekannt. Dieses Wirtschaftssystem will aufrechterhalten werden, nämlich mittels des bürgerlichen Staates, der die nötigen Gesetze beschließt und die Verwaltung unternimmt. Seine Hauptaufgabe besteht darin, die Profitmaximierung zu gewährleisten (und damit gleichzeitig die Ausbeutung und Niederhaltung der arbeitenden Massen). Das kostet

denn doch ein bisschen Geld, das vornehmlich-klassisch über Steuern eingenommen wird. Die Lohnsteuern und Massensteuern dürfen hierbei den Hauptteil ausmachen, die Kapital- und Vermögenssteuern müssen minimiert bleiben. Doch sie sind den Kapitalisten und Reichen immer noch zu hoch. Deswegen stellt ihnen der Staat einerseits legale Mittel der Steuerhinterziehung zur Verfügung (z.B. Privatstiftungen), andererseits nützen die Kapitalisten und Reichen internationale Schlupflöcher und Steueroasen, was manchmal zumindest formell legal ist, manchmal illegal, in jedem Fall aber moralisch letztklassig. Diese Steuerhinterziehung seitens der kapitalistischen Steuerflüchtlinge bedeutet nichts anderes als Finanzterrorismus gegenüber der Gesellschaft: Dem Staat, der ausgabenseitig dem Kapital auch noch einiges an Subventionen, Geschenken und Rettungsgeld reinschieben muss, fehlt das ent- und hinterzogene Geld einnahmenseitig, er „muss sparen“, er arbeitet mit Krediten, die er nicht zurückzahlen kann, er verschleudert lukrativen Staatsbesitz (an das Kapital, eh klar), er kürzt Sozialleistungen, Bildung, Gesundheit und Pensionen für die arbeitenden und „normalen“ Menschen, für die aber dafür abermals die Steuern erhöht werden. Der Kapitalismus beutet aus und die kapitalistische Steuerhinterziehung ruiniert zusätzlich das bürgerliche staatlich-gesellschaftliche System, mit dem Ergebnis: Die arbeitenden Menschen müssen für ihre organisierte Ausbeutung und Unterdrückung, für ihre sklavische Gefangenschaft selbst blechen; die Ausbeuter und Reichen bringen ihre Schäfchen einstweilen ins Trockene, d.h. früher nach Luxemburg, Liechtenstein oder in die Schweiz, heute in die Karibik, nach Ozeanien, in bestimmte US-Bundesstaaten oder eben nach Panama, wo die Steuerbehörden keinen Zugriff haben. Für diese 08/15-Einsichten hätt's kein neues Datenleck gebraucht.

Gegenwärtig wird also ein quantitativ bemerkenswertes Ausmaß an Daten namens „Panama Papers“ öffentlich thematisiert, wo es um Offshore-„Dienstleistungen“ einer panamaischen Anwaltskanzlei im Sinne von Steuervermeidung und Geldwäsche zugunsten der Reichen geht. Weltweit waren zig Medienunternehmen und hunderte Journalisten mit der „Auswertung“ der Daten beschäftigt, ehe nun mit viel Getöse an die Öffentlichkeit gegangen wurde, was natürlich entsprechend aufgeblasen und inszeniert werden muss. Selbstverständlich sind die Medien dabei nicht neutral, sondern sie konzentrieren sich gerne darauf, was ihr veröffentlichtes Weltbild stützt. Deshalb scheint es in Westeuropa vorrangig von Interesse zu sein, die üblichen bösen Kerle anzuprangern, insbesondere Wladimir Putin, obwohl dessen Name in den „Panama Papers“ gar nicht vorkommt – aber, Abrakadabra, gerade das ist ja das Verdächtige, um nicht zu sagen: ein klares Indiz für seine Verwicklung! Und der syrische Präsident Assad, weil der ist sowieso der neue Hitler. OK, bekämpft zwar den IS und befreit Palmyra (nicht nur die Ruinen, auch Menschen), aber trotzdem ein Arsch. Nun besteht wenig Anlass, daran zu zweifeln, dass sowohl Putin als auch Assad ihre Positionen durchaus dazu genützt haben, um auch ein gewisses Privatvermögen zweifelhaf-

ter Provenienz anzuheufen, aber die Ausrichtung, die Konzentration der medialen Berichterstattung ist doch vielsagend. Man will ja nicht von der westlichen Kriegspartei und von der imperialistischen Kurssetzung abweichen und „verwechselt“ wieder einmal Berichterstattung mit Meinungsmache. Verantwortungsvoll ist anders, Objektivität etwas ganz Anderes.

Natürlich wurden vor dem Hintergrund des US-amerikanisch finanzierten ICIJ-Hintergrunds bereits Vorwürfe laut, die Veröffentlichungsarbeit rund um die „Panama Papers“ oder gar eine vorab geschehene Filterung würden westliche, insbesondere nordamerikanische (aber auch deutsche) Unternehmen, Personen, Politiker und deren Interessen schützen. Bei genauerem Hinsehen ist das bezüglich der US-Interessen zumindest indirekt nicht der Fall, wurden doch wichtige ausländische Schlüsselpersonen des global tätigen US-Imperialismus belastet, darunter der westukrainische Machthaber Poroschenko, König Salman von Saudi-Arabien, der neue argentinische (anti-peronistische) Präsident Macri, der für den Putsch gegen Rouseff zuständige brasilianische Parlamentspräsident Cunha, der frühere irakische Premier Allawi sowie der Vater des britischen Premierministers Cameron. Dies betrifft durchwegs wichtige Verbündete der USA. Immerhin. Ändert aber wenig bis gar nichts daran, dass US-amerikanische Konzerne, Politiker und Milliardäre trotzdem (bislang) nicht vorkommen. Das kann unterschiedliche Gründe haben. Die Beziehungen zwischen den USA und Panama sind einerseits historisch und politisch kompliziert, andererseits sehr eng, was auch Abkommen zur Steuerinformation impliziert – gut möglich, dass US-Amerikaner Panama eben gerade nicht als „sicheren Hafen“ für ihr Vermögen betrachten. Anders gesagt: Sie sind vielleicht einfach woanders Kunden eines ähnlichen Anbieters, denn trotz der ausschweifenden Tätigkeit der Firma handelt es sich bisher doch nur um die Spitze eines weit größeren Eisberges. Das gilt aber auch für die vorläufig bekannten Informationen zu Mossack Fonseca selbst – mag sein, dass da noch was kommt. Überprüfbar ist einstweilen nichts, da die vollständigen Daten Redaktionsgeheimnis sind – sie wurden eben nicht öffentlich zugänglich gemacht wie etwa bei Wikileaks. Und hier haben wir ein Problem: Das Ergebnis der „Panama Papers“ sind nur Zeitungsartikel und Fernsehsendungen mit redaktionell ausgewählten Inhalten. Es ist keineswegs Aufklärungs- und Ermittlungsarbeit. Dass es sich jedoch bei der ganzen Causa überhaupt nur um eine CIA-Verschwörung gegen Putin handelt, ist dennoch weit hergeholt, um es freundlich zu formulieren.

Klar ist aber: Natürlich wurden bei der Anwendung der Daten durch die Redaktionen, d.h. bei der Suche nach verwertbaren Informationen, bestimmte Parameter eingesetzt, die sich mehrheitlich auf „Feinde“ des westlichen Imperialismus beziehen und zu entsprechenden Ergebnissen führen müssen. Es ist nachvollziehbar, dass eine solche Vorgehensweise grundsätzlich notwendig ist, wenn die Gesamtmenge der Daten derart unüberschaubar erscheint. Aber das ist eben wie auch mit jeder Google-Suche:

Was ich nicht als Suchbegriff ein- oder als Verknüpfung angebe, wird auch nicht erscheinen – oder höchstens zufällig als Randnotiz. Und nur Suchergebnisse, die mir, meinen Vorgesetzten und den Eigentümern eine brauchbare Story liefern, werde ich weiterverfolgen. Schließlich geht es auch, für manche sogar vorrangig, um Auflagenzahlen, Klicks und Einschaltquoten.

Ist das wirklich Investigativjournalismus? Bestenfalls bedingt. Abgesehen von der problematischen Anwendung, wurden die Daten einfach bei der Münchner SZ abgegeben, sie wurden weder gesucht noch gefunden. Geklaut/gehackt und weitergegeben wurden sie wohl entweder durch einen (ehemaligen) Mitarbeiter von oder einen Menschen mit Naheverhältnis oder zumindest einer Beziehung zu Mossack Fonseca – dass ein Hobby-Hacker mit ausgeprägtem Gerechtigkeitsinn rein zufällig auf diese Firma stößt, erscheint unwahrscheinlich. Oder es war, professionell ausgeführt, ein Nachrichtendienst, der die SZ bedient hat (vielleicht ja einfach ein freundlicher Nachbar aus Pullach im Isartal). Wie dem auch sei: Ob man nun wirklich von westlichen Massenmedien, die meisten davon in große Konzerngeflechte eingebaut – davon möge man den Wiener „Falter“ freilich ausnehmen –, erwarten soll, die fragwürdigen Machenschaften des westlichen Kapitalismus „aufzudecken“? Wer in diesem Kontext an einen unabhängigen Journalismus glauben möchte, könnte ebenso gut an den Osterhasen glauben, denn der Überbau untergräbt nunmal nicht seine Basis. Das bedeutet keineswegs, dass nicht aufrichtige, integre Journalisten an der Causa gearbeitet hätten, aber kapitalistische Abhängigkeitsverhältnisse funktionieren eben auch indirekt und subtil, ohne dass sich jeder Handlanger seiner Schuld oder Mittäterschaft bewusst sein muss.

Was wird nun also bleiben von den „Panama Papers“? Die Medien werden uns noch ein paar weitere „schwarze Schafe“ präsentieren, bis es den Konsumenten zu langweilig wird, was recht bald eintreten dürfte. Sofern tatsächlich strafbare Handlungen nachgewiesen werden können, wird es im Idealfall für manche Personen strafrechtliche Konsequenzen geben. Was nicht leicht wird, denn vieles ist zwar verwerflich, aber schlichtweg nicht illegal. Und ohne Datenzugriff wird sowieso niemand verurteilt werden können, denn kein Staatsanwalt der Welt wird seine Anklage auf (zudem unzulänglich belegte) Zeitungsartikel oder auf einer ORF-Sondersendung aufbauen. Vielleicht kommt es hier und dort zu politischen Folgeerscheinungen (wie in Island), vielleicht zu gewissen legislativen Folgen, die eine Lücke stopfen, andere offen lassen. Die Tatsache aber, dass die ganze Systematik letztlich eines der Ergebnisse des ganz normalen Kapitalismus ist, wird man medial und politisch gekonnt verschweigen. Natürlich sind’s wieder nur außergewöhnliche Auswüchse und, wenngleich viele, so doch Einzelfälle, ja ruchloser Missbrauch eines ansonsten tollen demokratisch-freien Wirtschaftssystems mitsamt dazugehöriger Politik. Das System selbst soll

und darf keinen Schaden nehmen. Auch diese Steuerung der Empörung ist eine Aufgabe der Systemmedien: Die vorherrschende Meinung soll den Herrschenden dienen.

Damit kommen wir nochmals zur „Auswahl“ der bisherigen „Berichterstattung“ zurück. So sehr sie auch zu hinterfragen ist – es ist in Wirklichkeit ganz egal, welche Personen an den Pranger gestellt werden. Es spielt gar keine Rolle, ob es nun lediglich oder vornehmlich russische, arabische oder lateinamerikanische Kapitalisten sind, während nordamerikanische und westeuropäische fehlen oder unterrepräsentiert sind. Es geht nie um Personen, denn diese sind auswechselbar. Es geht immer um das System, das ausgewechselt gehört. Und das gilt für Russland wie für die USA, für Europa wie für Panama. Um dem internationalen Finanzterrorismus das Handwerk zu legen, muss man seine Wurzeln beseitigen.

*Tibor Zenker ist stv. Vorsitzender der Partei der Arbeit Österreichs*

## ***Irene Eckert: Vor 17 Jahren - Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges zur Zerstörung Jugoslawien am 24. März 1999***

***Irene Eckert schrieb aus Berlin am 25. 09. 09 über 10 Jahre nach dem völkerrechtswidrigen Türöffnerkrieg zur Zerstörung Jugoslawiens:***

***Die Anti-Kriegs-Bewegung muss im Sinne Carl von Ossietzkys politisch werden.***

***Als Beitrag zum Gedenken an den unprovzierten Kriegsbeginn gegen die Sozialistische Republik Jugoslawien 1999 veröffentlichen wir leicht redigiert und mit Überschriften versehen und ergänzt ihre immer noch aktuellen Überlegungen über die mangelnde Courage der Friedensbewegung anlässlich der Reaktionen auf ihren Artikel in der Zeitschrift offen-siv 04/09***

### **Debatte um richtigen friedenspolitischen Weg überfällig**

Die Auseinandersetzung um den richtigen Kurs in der Friedensarbeit muss dringend geführt werden und auf eine neue Ebene gehoben werden. Die zum Teil scharfen, wenngleich nicht immer sachbezogenen Reaktionen auf den Beitrag zur Tagung der Berliner Friedenskoordination im Karl-Renner Haus im Juli des Jahres 2009 lassen den schon damals vorhandenen, heftigen Dissens in Sachfragen neu aufscheinen.

Die darüber notwendige Diskussion muss inhaltlich werden – an Aktualität hat sie nichts verloren.

Die fast gänzlich versackte Opposition gegen Krieg und Militarisierung bedarf dringend neuer Impulse. Einiges weist daraufhin, dass die Friedensarbeit in der Hauptstadt Berlin, wenn sie weiter wie bisher koordiniert und verwaltet wird, keinen Schritt voran führen wird, das heißt keine mobilisierende Kraft gegen kommende Kriege entfalten kann.

Der Grund dafür, dass die Friedensarbeit bei der großen Maße in unserem Lande insgesamt so wenig Resonanz findet, liegt m.E. nicht daran, dass die Menschen sich nicht gegen kriegerische Politik mobilisieren lassen würden. Schon gar nicht trifft das zu, wenn die Aufrüstungspolitik und das deutsche kriegerische Vorgehen in anderen Ländern endlich in einen Zusammenhang mit dem Sozialabbau gestellt würde. Dieser Sozialabbau wird ja nicht nur hierzulande, sondern Europa- bzw. weltweit betrieben und zwar zugunsten der Rüstungshaushalte. Das Dilemma der darniederliegenden Friedenskräfte ist außerdem darin begründet, dass inhaltlich unzweideutige Stellungnahmen fehlen. Insbesondere vor den Wahlen werden Klaraussagen durch parteipolitisch-taktische Erwägungen beeinträchtigt.

### **Hemmschuh: parteipolitisch motiviertes Lavieren**

Das Lavieren der Friedensszene in entscheidenden Fragen wie etwa in Bezug auf den zu fordernden Truppenabzug aus Afghanistan ('sofort oder mittels Exit-Strategie') ist in engem Zusammenhang zu sehen mit der politischen Positionierung der Partei "Die Linke", von der sich leider die Haltung der übrigen organisierten Linken nur punktuell unterscheidet, ganz zu schweigen von den übrigen Parteien.

Weiter damit verbundene Probleme: Zurückhaltung gegenüber dem Widerstand im Irak bei gleichzeitiger Diffamierung des widerständigen Iran und der Bejubelung der dortigen "Opposition" im Zusammenhang mit den Wahlen im Juni 2009, dagegen uneingeschränkte 'Solidarität' mit Israels Haltung in Nahost bei gleichzeitiger Verweigerung einer wirklich solidarischen Haltung gegenüber dem palästinensischen Volk, Aufrechterhaltung von Negativmythen über Hamas und Hisbollah, Zurückhaltung gegenüber der Aufrüstungsverpflichtung im EU-Lissabon-Vertrag, mangelnde Bereitschaft sich in Sachen Militarisierung der EU zu engagieren.

### **Öffentlich ausgetragener politischer Streit ist gut und nicht schlecht**

Der durch die Zeitschrift offen-siv öffentlich gemachte "Streit" in der Friedensbewegung bringt diese Problematik auf den Punkt.

Spätestens nach dem Abflauen des politischen Widerstands gegen den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Belgrad im Jahr 1999 aber schwelt der innere, nicht ausdisku-

tierte Konflikt. Als der Krieg gegen Afghanistan im Herbst 2001 begann, standen die meisten noch unter dem Schock des Angriffs auf das World Trade Centre. Nur wenige begriffen, dass die Ausrufung des 'Bündnisfalls' durch die NATO auch unser Land in den Krieg hineinziehen würde. Die flammenden Appelle von Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD) und Joschka Fischer (GRÜNE) vor dem Deutschen Bundestag, mit Hilfe derer der Kriegseinsatz gegen Afghanistan 2001 gerechtfertigt wurde, zielten darauf, dort die Rechte der Frauen zu verteidigen und taten das übrige. Längst vergessenen war die Vorgeschichte deutscher und anderer Kolonialmächte, die 'GEOPOLITIK' in der Region. Der Widerstand gegen den drohenden Krieg, mit dem der Irak 2003 erst richtig überzogen werden sollte, brachte zwar noch einmal Massen auf die Straße. Das war möglich geworden durch die Positionierung der damals von Schröder geführten Bundesregierung - angesichts der bevorstehenden Wahlen - gegen diesen Krieg. Er wurde angeführt vor allem durch das neue von Hans Peter Richter verantwortete Internetportal "Achse des Friedens" und vom damals aktiven Wirken der "Attac-Arbeitsgruppe gegen Globalisierung und Krieg".

### **Hemmschuh: Feindbildkonstrukte unhinterfragt**

Allerdings lag auch schon im Februar 2003 eine erhebliche Schwäche der Bewegung, die entsprechend rasch kollabierte, darin begründet, dass sie das Feindbildkonstrukt „Saddam Hussein“ nicht hinterfragte, es vielmehr noch übernahm. Die Friedensszene und die politischen Kräfte, aus denen sie - nach wie vor - gespeist wird, nahmen niemals Stellung gegen die kriegsfördernden Feindbildprojektionen. Man übernahm das Wort vom "neuen Hitler Saddam". Dem war schon ein Schwanken zur Zeit der Kriegsführung gegen den "Schlächter" Milosevic vorangegangen. (Später ging es im selben Geiste gegen das libysche Staatsoberhaupt Gaddafi und ab 2011 gegen den syrischen Präsidenten Assad)

Nach dem Terrorangriff 9/11 im Jahre 2001 gegen das Welthandelszentrum in New York sah man gemeinsam mit dem politischen Gegner (oder sind die USA etwa 'Verbündete' der Friedenskräfte?) die große Gefahr aus der Welt des Islam herauswachsen. In den vom Islam beherrschten Regionen - außer in Saudi Arabien und den Golfmonarchien - sah man jetzt Seite an Seite mit der NATO die Frauenrechte bedroht. Es galt dort für demokratische Verhältnisse zu sorgen. Die 'Friedenskräfte' teilten die NATO-Denkrichtung, wenngleich sie nicht mit Bomben dafür eintreten wollten.

### **Hemmschuh: herablassende Ignoranz gegenüber anderen Kulturen**

Eine solche herablassend arrogante und vor allem ignorante Haltung, die den Balken im eigenen Auge nicht wahrzunehmen vermag, wurde noch am 08.09.09 vor dem Brandenburger Tor von Oskar Lafontaine demonstriert, als er zwar gegen den von der

deutschen Luftwaffe befohlenen Bomben-Angriff auf einen entführten Tanklasten in Afghanistan Stellung bezog. Der Angriff hatte schließlich, einmal mehr, über hundert Zivilisten das Leben gekostet. Aber er sprach von der dortigen Gesellschaft, als einer Kultur, in der noch die Blutrache regiere, die man selbstredend nicht mit Bomben verändern könne. "Der Gegner", so sagte Lafontaine, „ist keine Armee, sondern eine Kultur". Dieses Motto wurde auch von seinen Ko-Rednern Daniela Dahn, Christoph Hein und Gregor Gysi aufgenommen und es findet sich in der FREITAG-Ausgabe vom 10.09.09 wieder, wo sich deutsche Intellektuelle zwar endlich für einen Truppenabzug aussprechen, aber mit was für einem Text! Dort heißt es wörtlich:

### **Das arme Deutschland hat sich in einen Krieg verwickeln lassen**

"Deutschland hat sich in einen Krieg verwickeln lassen" (ganz passiv und unschuldig), "die deutschen Truppen können nicht unverzüglich abgezogen werden . . . Im Laufe der nächsten zwei Jahre /soll/ Deutschland seine militärische Präsenz in Afghanistan beenden." (ebenda S. 6/7) Diese fortwährend kompromisslerische Haltung, hinter der sich eben parteipolitisches Kalkül verbirgt, mit Hilfe dessen eben keine konsequente Antikriegspolitik möglich ist, muss die Arbeit jedes Kreises lähmen, der Stellung beziehen müsste gegen Krieg und Militarisierung. Ernsthafte, effektive Friedensarbeit voranzutreiben wird durch die genannten Bremsklötze so gut wie unmöglich gemacht.

### **Alte Denkinstrumente reaktivieren tut Not**

Dass die Situation so verfahren ist, liegt nun nicht an der mangelnden charakterlichen Eignung einzelner oder an ungeschicktem kommunikativen Auftreten von Friedensaktivisten, wie häufig vorgetragen. Natürlich dient persönliches Versagen der Sache niemals, aber die eigentliche, tiefer liegende Ursache für das Versagen ist geschuldet einer falschen historischen und politischen Analyse, ist geschuldet der Tatsache, dass man die alten Denkinstrumente des Denkens weggeworfen hat, weil sie vermeintlich Rost angesetzt hatten, ohne noch über neue zu verfügen.

Anstatt nun den Rost abzukratzen und die alten Waffen mangels eines besseren Instrumentariums zu benutzen, liefert man sich dem hochgerüsteten Gegner, der mit allen Raffinessen ausgestattet ist, schutzlos aus und denunziert auch noch jene Individuen, die sich um Aufhellung der Lage bemühen. Jene Individuen, die nützlich sein könnten, weil sie alte Lagepläne noch zu lesen verstehen. Sie werden denunziert und ausgegrenzt.

Die Metapher von den 'alten Lageplänen und Denkinstrumenten' meint den wissenschaftlichen Sozialismus und die Texte des Marxismus-Leninismus, meint den dialektischen und historischen Materialismus. Mit seiner Hilfe lässt sich nämlich verorten, wo der eigentliche Gegner aller friedliebenden Menschen zu finden ist. Es ist kein

einzelner Mensch, kein Land, keine Nation, die etwa das Urböse beherbergt. Es ist die Quelle des Terrors auch keine Kultur oder Religion. Die Quelle des Übels, des kriegerischen Terrorkrebsgeschwürs, ist der militärisch-industrielle, mit dem Finanzkapital verfilzte, Komplex, vor dem schon Ex-US-Präsident und Ex-General Eisenhower eindringlich gewarnt hat - in seiner Abschiedsrede. Die Ursache des Übels ist also letztlich systemischer Natur. Sie wird gespeist aus dem derzeit alles beherrschenden Profitmotiv, der Triebkraft des Verbrechens. Der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium hat längst ausgedient. Seine historische Mission ist übererfüllt. Er muss durch ein auf Planwirtschaft basierendes Arbeiten ersetzt werden. Die Friedensarbeit muss demnach, um wieder wirkungsvoll zu werden, heute anti-imperialistisch werden oder sie bleibt bedeutungslos.

In der Hoffnung einen konstruktiven Beitrag zur Fortsetzung der inhaltlich-argumentativ zu führenden Debatte zu leisten, verbleibe ich mit solidarischen Grüßen  
Margarete Pfliegner

*P.S. Margarete Pfliegner, der Geburtsname meiner Mutter, ist eines der vielen Pseudonyme, unter denen ich damals für nötig fand zu publizieren. Irene Eckert*

## **Brigitte Queck: Internationaler Strafgerichtshof gegen den ehemaligen Präsidenten der bosnisch-serbischen Republik Republika Srpska, Radovan Karadzic**

Der Gerichtsprozess in Den Haag gegen den ehemaligen Präsidenten der bosnisch-serbischen Republik Republika Srpska, Radovan Karadzic, der am 24.3.2016 nach einem mehrjährigen Mammutprozess diesen zu einer 40-jährigen Gefängnisstrafe verurteilte, war eine Farce per excellence:

1. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ist ein von der UNO-Charta nicht vorgesehener Gerichtshof, da in diesem NICHT DAS KRIEGSOPFER--in diesem Fall Jugoslawien-- verteidigt wurde und wird..

Im Gegenteil ! In diesem Gerichtshof saßen die Täter -- die USA/NATO -- über das Kriegsoffer Jugoslawien und dessen die politische Vertreter zu Gericht!!

Es wäre das Gleiche, wie wenn ein Mörder gerichtliche Kompetenzen zugesprochen bekäme, um die von ihm massakrierten Opfer als Schuldige hinzustellen!!!

2. Am 24.3.1999 wurde der souveräne Staat Jugoslawien durch die offene Einmischung der NATO in die Auseinandersetzungen zwischen jugoslawischer Armee und

UCK heimtückisch unter dem verlogenen Slogan „Völkermord der Serben an den Kosovoalbanern“ aus der Luft angegriffen und bombardiert. Dabei wurde die ganze Infrastruktur des Landes: Fabriken, Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Eisenbahnverbindungen und Brücken zerstört und Tausende von Menschen getötet.

3. Durch die seit dem 2. Golfkrieg gegen den Irak erstmals eingesetzten Depleted Uranium- Granaten und –bomben, die Atomwaffen der Neuzeit, wurde ein ganzer Staat, einschließlich dem Kosovo, den die USA/NATO ja zu verteidigen vorgaben, für Millionen von Jahren radioaktiv verseucht.

4. Der von der russischen pro-westlichen Jelzin-Regierung vorgeschlagene sogenannte Friedensplan, der schließlich mit der Verabschiedung der UN-Resolution 1244 in Kraft trat, sah den Abzug aller serbischen Sicherheitskräfte aus dem Kosovo und den Einzug von Blauhelmsoldaten dort vor.

Da jedoch UNO-Blauhelmsoldaten vorwiegend aus NATO-Truppen bestehen, war es kein Wunder, dass die vom Westen finanzierten UCK-Mörder in Form der UNMIC, nunmehr aus UNO-Mitteln bezahlt, weiterhin plünderten und mordeten, was die Flucht von 230 000 Serben, Roma und der UCK feindlich gesinnten Kosovoalbanern zur Folge hatte !!

Eine Parallele zum heutigen Syrien ist dabei unverkennbar!!

5. Wie die Gespräche der NATO in Bratislava im Frühjahr 2000, während denen auch eine NEUE NATO-STRATEGIE DES EINSATZES VON ATOMWAFFEN GEGEN NICHT KERNWAFFEN BESITZENDE STAATEN aus der Taufe gehoben wurde, bewiesen, war der Krieg der US/NATO gegen Jugoslawien von langer Hand geplant gewesen.

Sofort nach dem Einzug von sogenannten Blauhelmsoldaten in den Kosovo wurde dort:

a) der größte außerhalb des Territoriums der USA befindliche Militärstützpunkt Bondel geschaffen als quasi Trittbrett für weitere Kriege im Nahen Osten;

b) die unermesslichen Reichtümer des Kosovos: 77 302 106 t Steinkohle, Kupfer, Zink, Blei, Nickel, Gold, Silber, Marmor, Mangan, Eisen, Asbest, Kalkstein u.m., vor allem aber die Trepca-Minen trotz des erbitterten Widerstandes der albanischen und serbischen Arbeiter dort, mittels „tatkräftiger Unterstützung“ der KFOR-Truppen, privatisiert. Der mehrfach gesuchte Mörder an den Serben in der Kraina, Ceku, der vor 1999 von der amerikanischen Söldnerfirma MPRI in Virginia als Killer ausgebildet und von einem jugoslawischen Gericht für die Ermordung von 669 Serben in der Kraina persönlich verantwortlich gemacht worden ist, war der 1. Ministerpräsident

des nunmehr im westlichen Sinne unter dem Diktat der Marktwirtschaft „freien“ Kosovos!!

6. Nachdem der mehrheitlich vom Volk gewählte jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic im Jahre 2000 gekidnappt und außer Landes ins NATO-Gefängnis nach Den Haag gebracht wurde, machte man ihm durch einen formal juristischen „Internationalen“ Pseudo-Gerichtshof, der speziell für Jugoslawien eingerichtet worden war, einen Prozess, der die wahren Täter--die US/NATO-- hinter den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen jugoslawischer Armee und der pro-westlichen UCK nicht benannte. Wie auch ?

Der Internationale Strafgerichtshof für Jugoslawien ist ein pseudo-rechtliches Organ der US/NATO!!

7. Milosevic--selbst Jurist--verteidigte sich unter Auflistung aller oben genannten Punkte mit Bravour vor dem sogenannten Internationalen Gerichtshof. Alle gegen ihn erhobenen Anklagepunkte wurden von Slobodan Milosevic detailgerecht „auseinandergerpflückt“.

Um das Renommee dieses sogenannten Internationalen Gerichtshofes zu erhalten, wurden Milosevic vor dem Scheitern der Anklagepunkte dieses Internationalen Strafgerichtshofes gegen ihn, gesundheitsschädigende Mittel verabreicht, die schließlich zu seinem Tode führten.

8.Ähnlich schändliche Prozesse wurde in Den Haag auch gegen andere Staatsvertreter des ehemaligen sozialistischen Jugoslawiens durchgeführt, nur, weil sie den nunmehr untergegangenen sozialistischen multiethnischen Staat Jugoslawien mit der Waffe in der Hand gegen äußere und innere Feinde verteidigt hatten.

9.Die von diesem sogenannten Internationalen Gericht vorgebrachten Anklagen, ob man nun die Rac`ak-Ereignisse nimmt, die der NATO schließlich als Vorwand für ihren Aggressionskrieg gegen Jugoslawien dienten, oder die Srebrenica- Geschehnisse, all dies waren militärische Auseinandersetzungen ZWISCHEN ZWEI VERSCHIEDENEN ARMEEN, der jugoslawischen Armee einerseits und der von der USA/NATO unterstützten UCK andererseits. Diese Auseinandersetzungen können NIEMALS EINE ERNSTHAFTE GRUNDLAGE FÜR ZIVILGERICHTLICHE PROZESSE BILDEN, AUSSER MAN HAT - WIE DIE USA/NATO - ETWAS ZU VERBERGEN.

10. Der Höhepunkt dieses Pseudo-Internationalen Gerichtshofes ist der vor einiger Zeit zu Ende gegangene „Prozess“ gegen den ehemaligen Präsidenten der bosnisch-serbischen Republik Republika Srpska, Radovan Karadzic.

Wie der bekannte Journalist der Jungen Welt, Werner Pirker (gest. am 13.1.2014) am 30.10.2001 erklärte: "Den Haag markiert die Geburtsstunde der imperialistischen Klassenjustiz....Auf Widerstand gegen die Neuordnung der Welt steht lebenslanglich!"

Fazit: Das sozialistische Jugoslawien gibt es seit 17 Jahren nicht mehr.

Ausschlaggebend waren monatelange Bombardements, aber auch wirtschaftlicher Druck, Lügen und Bestechungen von Kollaborateuren im Inneren in Millionenhöhe durch namhafte Organisationen der NATO-Länder mit dem Ziel, auch in diesem Lande die kapitalistische Marktwirtschaft einzuführen.

Dies ist ihnen gelungen. Der frühere jugoslawische Präsident Milosevic ist, leider auch durch den Verrat eigener Leute, vor den sogenannten Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, einem ausführenden Organ der NATO, gezerrt worden.

Dort hat er tapfer seine Anschauungen und sein Land verteidigt.

Der Hass auf alles nur im Entferntesten an Sozialismus Erinnernde und die Macht des Kapitals haben Milosevic auf dem Gewissen.

Heute haben wir auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens, wie bei uns in der ehemaligen DDR, Arbeitslosigkeit, Zugang zur Bildung, Kultur und guten medizinischen Betreuung nur für Wenige, Korruption in Millionenhöhe, Armut auf der einen für die Mehrzahl der Bevölkerung und Reichtum für einige Auserlesene, eine hohe Kriminalitätsrate, Prostitution, Drogen-und Menschenhandel-alles Dinge, die es im Sozialismus nicht gab.

Dazu kommt die Sorge um unsere Söhne und Enkel.

Statt zu einer erhofften Versöhnung zwischen den Systemen (Sozialismus und Kapitalismus), an die nicht wenige führende blauäugige Politiker der ehemaligen sozialistischen Länder damals glaubten, kam es seither zu einer größeren Anzahl von Kriegen überall auf der Welt.

Die Aussagen der Klassiker des Marxismus-Leninismus, dass Kriege dem Kapital mit seiner expansiven Ausdehnung nach Profiten und Rohstoffen immanent sind, hat sich bewahrheitet.

Mehr noch, und wir sehen das heute am meist entwickeltesten kapitalistischen Land der Welt, den USA, bestätigt. Die Rüstungen selbst sind die größte Ware auf der Welt, die gehandelt wird!

Und damit das so bleibt, müssen Kriege auf dem Reißbrett geplant und durchgeführt werden, so wie der NATO-Krieg gegen das einst blühende Land Jugoslawien.

Aber wir, die Volksmassen aller Länder, haben es in der Hand, dieses Gesellschaftssystem, das nicht das unsere sein kann, zu ändern.

Viele Jahrzehnte Sozialismus, unterschiedlich ausgeprägt in den verschiedenen sozialistischen Ländern des sozialistischen Gesellschaftssystems, haben es bewiesen, dass es auch anders geht.

In einer Welt der Finanzkrisen, der Kriege, des Desasters, kann es nur heißen: "Sozialismus, oder Untergang der Menschheit!"

*Brigitte Queck, Dipl.-Staatswiss. Außenpolitik und Vorsitzende d. Vereins "Mütter gegen den Krieg Berlin-Brandenburg"*

## **KPP: Aufruf zur Solidarität mit der Kommunistischen Partei Polens**

### **Mitglieder der KPP wegen „kommunistischer Propaganda“ verurteilt.**

Vier Aktivisten wurden am 31. März 2016 vom Regionalgericht in Dąbrowa Górnicza wegen der Propagierung der kommunistischen Ideologie in der Zeitung Brzask und auf der Website der Partei verurteilt. Das Urteil lautet auf neun Monate Bewährungsstrafe, ersatzweise entgeltlose Sozialarbeit und Geldstrafe.

Dieses provokative Urteil wurde in Abwesenheit der Beteiligten in einem Schnellverfahren gefällt, wie das für Fälle praktiziert wird, in denen die Schuld des Angeklagten feststeht. Das Gericht wandte nicht einmal ein reguläres Verfahren an und stützte sein Urteil allein auf die Anklage. Die Beschuldigten hatten keine Möglichkeit, sich zu verteidigen. Die Verurteilten haben bereits Widerspruch eingelegt und verlangen ein normales Verfahren.

Die KPP-Aktivisten wurden aufgrund des Artikels 256, § 1, des Strafgesetzbuches angeklagt: „Wer öffentlich für eine faschistische oder totalitäre Staatsordnung wirbt oder zu Hass auf der Basis nationaler, ethnischer rassischer oder religiöser Unterschiede oder des Fehlens eines religiösen Bekenntnisses aufstachelt, wird ... mit Freiheitsentzug bis zu zwei Jahren bestraft.“

Ein früherer Versuch, diesen Artikel auf die Verwendung kommunistischer Symbole anzuwenden, traf auf Protest in Polen und im Ausland. Am 19. Juli 2011 hob der Oberste Gerichtshof das Urteil mit der Begründung auf, es stehe in Widerspruch zum Grundsatz der Freiheit der Rede.

Anklagen gegen Aktivisten der KPP wegen der Werbung für ein totalitäres System sind ein weiteres Beispiel für die Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus und das Verbot kommunistischer Betätigung.

Der Fall wurde mit einer Denunziation des Parlamentsabgeordneten Bartosz Kownacki von PiS im Jahr 2013 angestoßen. Der Staatsanwalt weigerte sich, tätig zu werden. Aber 2015, nach den von PiS gewonnenen Wahlen, wurde er wieder aufgegriffen und hektisch betrieben. Am 31. Dezember 2015 wurde er von der regionalen Staatsanwaltschaft in Katowice an den regionalen Gerichtshof von Dąbrowa Górnicza überwiesen. Die Anklage lautete, mit der Publizierung von Artikeln in der Zeitung „Brzask“ hätten die Aktivisten für ein totalitäres System geworben „mit direktem Bezug zum kommunistischen System und zum Marxismus-Leninismus, was im Kontext der geschichtlichen Erfahrung den demokratischen Werten widerspricht“ – d.h. wegen der Aktivitäten einer legalen politischen Partei.

Der Fall ist auch im Kontext der Politisierung der Staatsanwaltschaften, deren Unterordnung durch das Justizministerium und die Ernennung von Zbigniew Ziobro von der PiS zum Generalstaatsanwalt von Bedeutung. Das Justizsystem behandelt offensichtlich den Rechtsextremismus anders. Zur selben Zeit, da die Redaktion der „Brzask“ abgeurteilt wurde, demonstrierten die Neofaschisten von der ONR (Nationalradikales Lager) ungehindert in den Straßen von Białystok und gedachten des 82. Jahrestags der Gründung ihrer Organisation. Auf der Demonstration unter dem Falange-Symbol trugen sie Fackeln und kündigten an, sich direkt auf den Faschismus beziehend, mit politischen Feinden „aufzuräumen“. Ungeachtet dessen plant das Verteidigungsministerium, die Neofaschisten als Teil der Territorialverteidigung zu bewaffnen. Schon früher sprach das Gericht in Częstochowa einen Verkäufer rassistischer T-Shirts frei und negierte eine Verletzung des Artikels 2256 des Strafrechts. Kürzlich haben Justizministerium und Generalstaatsanwaltschaft ein Urteil gegen einen Nationalisten suspendiert, der einen Polizisten angegriffen hatte.

Das Urteil gegen polnische Kommunisten erging zur selben Zeit, da das Parlament am 1. April ein Gesetz verabschiedete, nach dem das „Werben für den Kommunismus verboten“ ist und die lokalen Behörden Straßennamen und Namen anderer Objekte, die Bezug zum Kommunismus haben, umbenennen sollen, was einen Angriff auf die Tradition der Arbeiterbewegung darstellt. Das Institut für Nationales Gedenken erstellt ein Register und verlangt von den lokalen Behörden die Liquidierung von Denkmälern sowjetischer Soldaten oder Sonstigem mit kommunistischem Bezug. Die Zerstörung und Liquidierung von Denkmälern und die Verfälschung der Geschichte sind die üblichen Merkmale faschistischer Praxis.

Die Regierung und die Bourgeoisie betrügen sich selbst, wenn sie meinen, dass sie der Kommunistischen Partei Polens, den polnischen Kommunisten mit antikommunistischer

nistischer Verfolgung Angst einjagen oder sie mit antikommunistischen Kampagnen zur Unterwerfung bringen können. Die Maßnahmen gegen die Kommunisten gehen Hand in Hand mit dem barbarischen volksfeindlichen Kurs der Regierung und der EU. Die Solidarität mit der unter schwierigen Bedingungen arbeitenden Kommunistischen Partei Polens, die massenhafte und resolute Unterstützung der verfolgten Kommunisten, sind jetzt von großer Bedeutung – mit Protesten vor den polnischen Botschaften in allen Ländern, Solidaritätsbewegungen etc.

Hände weg von der Kommunistischen Partei Polens!

Die antikommunistische Verfolgung muss beendet, die unannehmbaren antikommunistischen Gesetze müssen annulliert werden. Der Antikommunismus und das Umschreiben der Geschichte werden nicht gelingen.

*Kommunistische Partei Polens, Übersetzung aus dem Englischen: news.dkp.de*

## ***Kommunistische Initiative Deutschland: Enge Zusammenarbeit von KI und KPD***

Die Kommunistische Initiative Deutschland gibt bekannt, dass sie zukünftig eng mit der KPD zusammenarbeiten wird. Grundlage dafür ist unsere gemeinsame Weltanschauung, der Marxismus-Leninismus.

Wie die KI steht auch die KPD für die Einheit der Kommunisten auf marxistisch-leninistischer Grundlage. Diese Grundlage umfasst vor allem die Orientierung an dem theoretisch-wissenschaftlichen und praktischen Schaffen von Marx, Engels, Lenin und Stalin, die unser Kompass auf dem Weg zum Sozialismus ist.

KPD und KI verstehen die Sowjetunion als die größte Errungenschaft der revolutionären Arbeiterbewegung, und sie verstehen die DDR als die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung. Sie stehen zur revolutionären Zerschlagung des bürgerlichen Staates.

KPD und KI sind sich einig: Die Ursache der Konterrevolution von 1989/90 lag im ideologischen Revisionismus, der, offen wahrnehmbar v.a. seit Chruschtschows „Geheimrede“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU, mit Gorbatschows endgültigem Verrat am Sozialismus endete. KI und KPD sind sich beide bewusst, dass dies ein widersprüchlicher Prozess war. Die Aufgabe ideologischer und wirtschaftlicher Prinzipien erfolgte schleichend und ist unbestreitbar. Dennoch verfügte in der Sowjetunion und in der DDR weiterhin die jeweilige Gesellschaft über die Produktionsmittel, welche in die sozialistischen Planungen eingebunden waren. Und, natürlich: Es gab sowohl in

der DDR als auch in der SU die ganzen Jahrzehnte hindurch viele ehrenhaft tätige Kommunisten. Dementsprechend lehnen wir Charakterisierungen der SU wie auch der DDR als „staatskapitalistisch“ oder „sozialimperialistisch“ ab.

Die Gemeinsamkeiten von KPD und KI sind zahlreich - um nur einige Beispiele zu nennen, einen uns die Bekämpfung des BRD-Imperialismus, die Ablehnung des so genannten „Marktsozialismus“ wie auch die internationale Solidarität mit der KDVR und Syrien oder Cuba. Eventuelle unterschiedliche Einschätzungen werden nach unserem Willen solidarisch geklärt werden.

Für die KI ist es auch ein Gebot der Stunde, die KPD zu unterstützen. Deshalb sind schon mehrere Genossen der KI der KPD beigetreten. Dies sehen wir sehr positiv und wir unterstützen dies!

22. März 2016

## ***Unentdecktes Land e.V.: Liebe Unterstützende der "Erklärung der Generationen",***

hiermit möchten wir Euch noch einmal herzlich für Eure Unterstützung und Euren Zuspruch danken. Bis jetzt haben über 180 Personen und zahlreiche Organisationen der Erklärung ihre Unterstützung angedeihen lassen, die weiterhin im Netz einsehbar und unterzeichenbar ist unter:

<http://unentdecktes-land.org/erklaerung-der-generationen>

Die "Erklärung der Generationen" war nicht nur an Angehörige der NVA gerichtet. Dennoch haben überwiegend NVA-Angehörige aller Ränge sie gezeichnet. Euch einen besonderen Dank!

Eure Sache, die Sache des Friedens und der Arbeiter- und Bauernmacht DDR, soll nicht vergessen sein – nicht vergessen gemacht werden von den Lügen, Verleumdungen – einem Totschweigen. Auch nicht von einem hinterlistigen Umarmungsversuch namens einer angeblich gemeinsamen großdeutschen Sache von NVA und Bundeswehr, die auch zum 60. Jahrestag der NVA-Gründung wieder von vor allem westdeutscher Seite auf NVA und DDR einprasselten.

Auch Euch Anderen, die Ihr vielleicht nie in der NVA gedient habt, möchten wir danken. Es ist an uns allen, im gemeinsamen Kampf gegen die heutigen Kriegstreiber das Vermächtnis der NVA zu ehren, die der bewaffnete Arm jener Deutschen Demo-

kratischen Republik, dieses effektivsten Bollwerks gegen den auch heute wieder besonders aggressiven deutschen Imperialismus und seine Bündnispartner war.

Die "Erklärung der Generationen" kann weiterhin unterstützt werden. Wir werden sie im Laufe des Jahres zu gegebenen Anlässen, so zum Jahrestag der Gründung der Grenztruppen der DDR, als gedruckte Flugschrift und via Internet weiter verteilen.

Diejenigen, die ihre Postanschrift angegeben haben (oder noch angeben wollen), erhalten von uns eine Sendung mit der "Erklärung der Generationen" als schöner Drucksache. Was wir auch gerne dazulegen, sind Informationen über unseren noch jungen Verein „Unentdecktes Land“, der die "Erklärung der Generationen" ersann. Denn bei dieser Erklärung, bei dieser Aktion soll es nicht bleiben, wir haben uns sehr viel vorgenommen, um uns öffentlich mit der DDR als größter Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung und Projekt aller fortschrittlichen Kräfte auseinanderzusetzen.

Über Anregungen, Gedanken, Unterstützung von Euch, vielleicht sogar eine Mitgliedschaft /Fördermitgliedschaft, würden wir uns natürlich sehr freuen. Denn Ihr habt die Erfahrungen, das Wissen um diese andere deutsche Republik, vor der die Völker keine Angst mehr haben mussten. Denn Ihr habt diesem Projekt des Fortschritts, dieser DDR Leben gegeben.

Wir wünschen Euch allen gute Gesundheit, einen wachen Geist und Zukunftszuversicht trotz aller dunklen Tage, die da drohen.

Solidarische Grüße,

Euer Unentdecktes Land e.V.

Unentdecktes Land e.V.  
Karl-Kunger-Straße 2  
12435 Berlin

[www.unentdecktes-land.org](http://www.unentdecktes-land.org) , [info@unentdecktes-land.org](mailto:info@unentdecktes-land.org)

## Italien

### **Gerhard Feldbauer: Mit landesweitem Streik sagten Italiens Metallarbeiter Unternehmern den Kampf an.**

#### **Ihr einheitliches Handeln könnte der ganzen Bewegung Auftrieb geben**

In einem vierstündigen landesweiten Streik haben Italiens Metallarbeiter am 20. April 2016 gegen die beabsichtigte Beseitigung des nationalen Tarifvertrages ihrer Branche protestiert, die Willkür der Metallunternehmer und den gewerkschaftsfeindlichen Kurs von Premier Matteo Renzi angeprangert und für alle Beschäftigten höhere Löhne, einen Mindestlohn und bessere Arbeitsbedingungen gefordert. Die drei Metallarbeitergewerkschaften Fiom, Fim und Uilm in den zentralen Verbänden CGIL, CISL und UIL hatten dazu gemeinsam aufgerufen, nachdem der Verband der Metallindustriellen Federmeccanica sich in sechs Monaten Verhandlungen geweigert hatte, den nationalen Tarifvertrag zu erneuern und für 95 Prozent der Beschäftigten Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu gewähren. Das linke *Fatto Quotidiano* hob die Bedeutung des Ausstandes hervor, der seit acht Jahren wieder die erste gemeinsame Kampffraktion war, zu der die drei zusammen über 460.000 Mitglieder zählenden Branchen-Gewerkschaften aufgerufen hatten. Auch das Auftreten der Führer der Fiom, Fim und Uilm, die auf zentralen Kundgebungen in Mailand, Reggio Emilia und Neapel vor Zehntausenden Streikenden sprachen, zeugte von lange nicht gekannter Einmütigkeit. Kundgebungen gab es auch in Turin, Rom, Genua und weiteren Städten.

#### **Millionen ohne nationalen Tarifvertrag**

Maurizio Landini, Generalsekretär der mit 360.000 Mitgliedern stärksten Fiom, erntete minutenlangen Beifall, als er in Mailand ausrief: „Wir sind gemeinsam hier, um der verfehlten Politik der Metallindustriellen und der Regierung ein Ende zu setzen. Und da wir einheitlich handeln, wird uns das auch gelingen“. Die Regierung forderte er auf, „unverzüglich Einfluss auf den Abschluss eines neuen nationalen Tarifvertrages zu nehmen.“ Es gehe aber nicht nur um die Metallarbeiter, denn „Millionen Beschäftigte sind ohne einen nationalen Vertrag“.

In Reggio Emilia wies Uilm-Sekretär Rocco Palombella die Pläne der Metallindustriellen zurück, den einheitlichen Tarifvertrag durch Einzelverträge zu beseitigen und 95 Prozent der Beschäftigten jegliche Lohnerhöhungen zu verweigern. Uil-Vorsitzender Carmelo Barbagallo, warnte, wenn die Federmeccanica ihre Haltung nicht ändere, „werden wir zum Kampf übergehen“. Susanna Camusso, CGIL-Vorsitzende, der mit

5,8 Millionen Mitgliedern stärksten der drei zentralen Verbände.<sup>3</sup> und Fim-Sekretär Marco Bentivoglio, der in Neapel sprach, stimmten dem voll zu und erteilten den Versuchen des Chefs der Federmeccanica, Fabio Storci, durch einzelne Zugeständnis das einheitliche Vorgehen zu torpedieren eine entschiedene Abfuhr.<sup>4</sup>

### **Arbeiter führten Sturz Berlusconis herbei**

Die Gewerkschaften haben im Herbst 2011 in machtvollen Kampffaktionen - Kundgebungen und Ausständen bis zum Generalstreik - entscheidend bewirkt, dass führende Unternehmerkreise den faschistoiden Premier Berlusconi fallen ließen. Zusammen mit den Linken brachten die Gewerkschaften auch den von Brüssel favorisierten früheren EU-Kommissar Mario Monti als Übergangspremier zu Fall. Ihrer Unterstützung verdankte der sozialdemokratische Partito Democratico (PD) 2013 seinen Wahlsieg. Von dessen Übernahme der Regierung erwarteten sie eine Verbesserung ihrer sozialen Lage und eine Wiederherstellung der ihnen unter Berlusconi geraubten politischen und Gewerkschaftsrechte. Doch mit dem früheren rechten Christdemokraten Matteo Renzi, der 2014 PD- und Regierungschef wurde, erfolgte ein Wechsel dessen, was man im bürgerlich-parlamentarischen System die „politisch herrschende Klasse“ nennt. Genau das hatte der Direktor des FIAT-Imperiums, Cordero di Montezemolo, damals Chef der Confindustria, nach dem Sturz Berlusconis gefordert: Eine Erneuerung „der politische Klasse Italiens“.<sup>5</sup>

### **Nach Berlusconi setzen Kapitalkreise wieder auf die Führung der Sozialdemokratie**

Die führenden Kapitalkreise, die mit dem größten privaten Industriekonzern FIAT an der Spitze die von der Fininvest-Holding Berlusconis geführte Kapitalgruppierung verdrängt hatten, kehrten zurück zur vor Berlusconi<sup>6</sup> praktizierten Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Führungskräften der Arbeiterbewegung. Sie setzten wieder darauf, dass diese besser geeignet seien, mit dem Arbeiterwiderstand gegen ihren weiter betriebenen Sozialabbau und der Beseitigung von Arbeiter- und Gewerk-

---

<sup>3</sup> Die CISL zählt 4,4 und die UIL 2,2 Millionen Mitglieder. Etwa eine Million sind in selbständigen Basis-Gewerkschaften organisiert.

<sup>4</sup> Nach Berichten der *Repubblica* vom 21. April 2016.

<sup>5</sup> Im Interview mit dem deutschen *manager magazin*, September-Heft 2012.

<sup>6</sup> Berlusconi kam erstmals 1994 für zehn Monate an die Regierung. Danach nochmals von 2001-2006, und von 2008-2011.

schaftsrechten fertig zu werden.<sup>7</sup> Renzi wurde diesen Erwartungen voll gerecht.<sup>8</sup> Am 3. November 2014 traf er mit einer Abordnung des Verbandes der Großindustriellen Confindustria mit ihrem Präsidenten Giorgio Napolitano an der Spitze zusammen, der er versicherte, er werde vor dem Druck der Gewerkschaften „keinen Schritt zurückweichen“, sein „Stabilitätsgesetz“<sup>9</sup> werde „kein Gegenstand von Verhandlungen mit den Gewerkschaften sein“ und er werde sich „auch im PD nicht aufhalten lassen.“<sup>10</sup> Napolitano dankte dem Premier herzlich und versicherte, dass die Unternehmer „mit ihm sind“.<sup>11</sup> Dass Renzi dabei wegen einer fehlenden Mehrheit im Senat in seine Regierung die aus der rechtsextremen Forza Italia (FI) Berlusconi hervorgegangene neue Partei Nuovo Centro Destra (NCD)<sup>12</sup> aufnahm, sahen die ihn stützenden Kapitalkreise von Vorteil für seinen rechten Kurs.

### **Unter sozialdemokratischer Regierung wächst soziales Elend**

Werfen wir einen Blick darauf, wie sich das Bündnis der von Renzi angeführten PD-Führung mit der Confindustria auf die soziale Lage von Millionen Menschen aus-

---

<sup>7</sup> Ausführliche Einschätzung dieses Prozesses in: G. Feldbauer: Geschichte Italiens. Vom Risorgimento bis heute. 2. aktualisierte Auflage. Papyrossa Verlag, Köln 2014, S. 324 ff.

<sup>8</sup> Renzi begann seine Karriere in der 1991/92 im Korruptionssumpf untergegangenen Democrazia Cristiana, in der er zu den Parteirechten gehörte. Danach machte er in der katholischen Zentrumspartei Margherita 2007 den Zusammenschluss mit den aus der IKP hervorgegangenen Linksdemokraten mit und gewann 2009 die Wahl zum Bürgermeister von Florenz. Er verkündete offen, die alte, meist noch aus der 1991 aus der IKP in die Linkspartei gekommene alte Funktionärsgarde zu verschrotten, was ihm den Beinamen „Rottamatore“ (Verschrotter) einbrachte. Mit Renzi erfolgt dann ein Generationswechsel an der Spitze des PD. Sein Sekretariat besetzte er mit fünf Männern und sieben Frauen, die im Durchschnitt 35 Jahre zählten.

<sup>9</sup> Regierungsdekret zur Sanierung der Wirtschaft und Finanzen mit Ausgabenkürzungen von 4,5 Mrd. Euro, die vor allem drastische Reduzierungen in den sozialen Bereichen betrafen.

<sup>10</sup> Das bezog sich auf den Widerstand der linken Minderheit im PD gegen seinen arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Kurs.

<sup>11</sup> Repubblica, 4. November 2014.

<sup>12</sup> An der Spitze des NCD steht mit Angelino Alfano der frühere Vize-Chef der FI und enge Vertraute Berlusconi.

wirkt. Im Juli 2014 berichtete das Amt für Statistik ISTAT, dass zehn Millionen Italiener (17 Prozent der Bevölkerung) in bitterster Armut leben. 7,9 Millionen darunter wurden als „absolut arm“ eingeschätzt. Sie könnten sich keinen „gerade noch akzeptablen Lebensstandard leisten“. In Süditalien war die Lage noch dramatischer. Dort wurden 26 Prozent „relativ“ und 12,6 Prozent als „absolut arm“ bezeichnet. ISTAT zufolge hatte sich die Zahl der ärmsten Kinder unter der PD-Regierung von 723.000 auf 1,434 Millionen verdoppelt.

In einem Bericht von UNICEF wurde Italien zum reichsten Drittel der Länder Europas gezählt, doch gleichzeitig festgehalten, dass 15,9 Prozent der Kinder bis 17 Jahre in Armut leben, weil das Mittelmeerland weniger als fünf Prozent seines Bruttonationaleinkommens für Hilfsleistungen ausgibt.

Mitte Oktober 2014 berichtete das Institut für Sozialfürsorge (INPS), dass die Hälfte der 13,6 Millionen Rentner mit weniger als 1.000 Euro auskommen musste. 52 Prozent von ihnen waren Frauen. Diese Menschen lebten bereits an der Armutsgrenze, die mit 999,67 Euro angegeben wurde. Viel schlimmer ging es 2,1 Millionen von ihnen, die mit Altersbezügen unter 500 Euro dahinvegetierten. Aber auch diese Grenzen wurden unterschritten, beispielsweise in Neapel, wo Tausende mit 272 Euro monatlich, wie es in dem INSP-Bericht hieß, „mit einer Hungerpension auskommen“ müssen.

Für die extreme Verschlechterung der sozialen Lebensbedingungen von Millionen Menschen waren die Regierung Monti und danach die der Sozialdemokraten unter Letta<sup>13</sup> und Renzi verantwortlich.

### **Die arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Politik Premier Renzi**

Im Dezember 2014 setzte Renzi das Dekret über den Jobs Act, euphemistisch als Arbeitsmarktreform bezeichnet, durch. In den Grundfragen wurde der Artikel 18 des Arbeitsgesetzes, der bis dahin weitgehend einen Kündigungsschutz garantierte, aufgehoben, was ermöglichte, die Tarifverträge auszuhebeln, Minijobs nach deutschem Vorbild einzuführen und zahlreiche Arbeiterrechte in den Betrieben aufzuheben oder einzuschränken. Für neue Arbeitsverträge konnte eine dreijährige Probezeit festgelegt werden. Renzi setzte hier durch, was Berlusconi nicht gelungen war.

Lange Zeit gelang es Renzi, die Proteste der Gewerkschaften und der linken Minderheit im PD durch kleine soziale Zugeständnisse und Versprechungen Weiterer im Zaum zu halten. 2014 hat er für Beschäftigte mit einem Einkommen unter 1.500 Euro Steuererleichterungen von 80 Euro monatlich verabschiedet. Ab 2016 soll eine Milli-

---

<sup>13</sup> Premier nach Monti und vor Renzi.

on der Ärmsten ein Mindesteinkommen von 320 Euro erhalten. Die Immobiliensteuer auf die erste Wohnung mit Ausnahme von Luxuswohnungen hat er abgeschafft. Das betrifft drei Viertel der Bevölkerung, die Wohneigentum hat. Verzichtet wurde auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von derzeit 22 Prozent. Im Haushalt für 2016 (Volumen 35 Milliarden Euro) sind 290 Millionen Euro dafür vorgesehen, jedem Volljährigen eine Kreditkarte mit einem Guthaben von 500 Euro für den Kauf von Büchern, Theater- oder Museumsbesuche zu gewähren. Ab Oktober soll jeder arbeitende Bürger einmal jährlich einen kostenlosen Theaterbesuch erhalten. Das ließ vergessen, dass die Unternehmen Steuererleichterungen bei Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen erhalten.<sup>14</sup>

Mit dieser Politik der Beschwichtigungen gelang es Renzi auch, im Mai 2014 bei den EU-Wahlen 40,8 Prozent der Wähler hinter sich zu bringen und den PD zur stärksten Partei zu machen. Die FI erlitt mit 16,8 Prozent eine schwere Schlappe. 2009 war es noch umgekehrt gewesen: Da hatte die Partei des damals regierenden Berlusconi 40 Prozent erreicht, während der PD nur auf 29 Prozent kam. Der triumphale Wahlerfolg stärkte Renzis Position, der für sich in Anspruch nimmt, die von dem Medientycoon ausgehende faschistische Gefahr zurückgedrängt zu haben. Ungewöhnlich war, dass die Kapitalkreise keinen Anstoß am Wahlsieg des PD mit sozialdemokratischem Outfit nahmen, was sich im Ansteigen der Kurse an der Mailänder Börse um 3,61 Prozent zeigte.<sup>15</sup>

Der nationale Streik der Metallarbeitergewerkschaften, die mit der Fiom an der Spitze als kämpferische Vorhut gelten, ist eine Kampfansage an die Unternehmer, aber auch eine Warnung an Premier Renzi, eine Kurskorrektur vorzunehmen.

An der Spitze dieser wieder erwachenden Bewegung steht mit Fiom-Chef Landini (Jahrgang 1961) nicht nur ein erfahrener Gewerkschaftsführer, der seine Karriere zur Zeit begann, da die Fiom ein enger Verbündeter der bis 1991 existierenden Kommunistischen Partei (IKP) war, sondern auch ein Politiker, der zu den Initiatoren der Gründung einer neuen Linkspartei „Sinistra Italiana“ (SI) gehört, die zum linken Gegenpol des PD werden könnte.<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> Siehe *jW* vom 24. Februar 2016: „Bis zur nächsten Vertrauensfrage. Seit zwei Jahren hangelt sich Italiens Premier Matteo Renzi durch die Amtszeit.“

<sup>15</sup> Die staatliche Nachrichtenagentur ANSA vom 25. Mai 2014.

<sup>16</sup> Nach den bisherigen Intentionen der Gründer soll sie mit einer stärkeren linken Basis, die auch aus der Fiom kommen soll, an die Stelle der derzeitigen Partei Linke für Umwelt und Freiheit (SEL) treten.

Von den noch immer gespaltenen Kommunisten<sup>17</sup> gibt es Anzeichen, mit dieser neuen Linkspartei (SI) eine Aktionseinheit zur Stärkung einheitlichen Handelns der Linken zu bilden.

### **Unternehmer befürchten Impuls für ganze Bewegung**

Vor diesem Hintergrund befürchten die Unternehmer nicht zu Unrecht, von dem einheitlich von den drei Metallarbeitergewerkschaften geführten Streik der Metaller könnten Impulse für das gemeinsame Handeln auch der drei zentralen Verbände CGIL, CISL und UIL ausgehen.

Im Rahmen der kapitalistischen Restauration nach 1945 waren von der im antifaschistischen Widerstand, der Resistenza, entstandenen einheitlichen Gewerkschaft CGIL die zwei Gewerkschaften, CISL und UIL<sup>18</sup> abgespalten worden.<sup>19</sup>

Auf Initiative der CGIL bildeten die die drei Gewerkschaften danach jedoch einen gemeinsamen Dachverband, der die Spaltung in gewisser Weise überbrückte und vor allem bei Streiks und anderen Aktionen des Widerstandes gegen die Unternehmer gemeinsam handelte und oft noch den Widerstand gegen die Berlusconi-Regimes organisierte.

Jetzt befürchtet die Confindustria, der nie aufgelöste Dachverband CGIL-CISL-UIL könnte seine Aktivitäten wieder aufnehmen und dem Beispiel der Metall-Gewerkschaften folgen.

---

<sup>17</sup> Es bestehen die nach der 1991 beseitigten IKP entstandene Rifondazione Comunista (PRC), die Partei der Kommunisten Italiens (PCdI) und eine von dem Mitglied der trotzkistischen IV. Internationale, Marco Ferrando, gegründete Kommunistische Arbeiterpartei (PCL). Der PCL lehnt jede Zusammenarbeit mit den anderen beiden Parteien, die er als revisionistisch bezeichnet, ab.

<sup>18</sup> Die CISL orientierte sich auf die Sozialistische Partei, während die UIL von der Democrazia Cristiana (DC) dominiert wurde. Die CGIL blieb eine mit der IKP verbundene Gewerkschaft, nach deren Liquidierung 1991 den Linksdemokraten nahestehend, heute dem PD.

<sup>19</sup> Wie vorher die Abspaltung der Saragat-Fraktion von der Sozialistischen Partei in eine Sozialdemokratische Partei hatte die CIA über ihre Agenten in der AFL-CIO auch auf die Spaltung der Gewerkschaftseinheit, wie der *Corriere della Sera* am 8. März 1975 enthüllte, diesen Prozess inszeniert.

## Slowakei

### ***Jozef VÝrostek: Geschichte und Gegenwart der Slowakei***

Liebe Genossinnen und Genossen!

Gern nutze ich die Möglichkeit, die „offen-siv“-Leser und -Interessenten über die politische Situation in einem kleinen, aber wunderschönen Fleckchen in Europa, über die politische Situation in der Slowakei zu informieren.

Meine Zeilen beinhalten kleine historische Anmerkungen, mögen sie hilfreich sein für das Nachvollziehen sonst nur schwer oder gar nicht verständlicher Zusammenhänge.

Auf die „Slowakei“ angesprochen, reagieren viele Bundesbürger, egal, welchen politischen Spektrums, häufig mit Stirnrunzeln oder der Gegenfrage: Meinst Du etwa Slowenien? Allein dieser Umstand läßt fragen, warum die „Mainstream-Medien“ das Geschehen in diesem kleinen Land mit rund fünf Millionen Einwohnern, immerhin seit 2004 Mitglied der Europäischen Union, kaum in die deutsche Öffentlichkeit transportieren, ja in aller Regel gar nicht erwähnen.

Wir wissen, der Klassenfeind beherrscht die Klaviatur seiner Medien sehr wohl. Deshalb sagt es nicht selten mehr, was bzw. worüber die „Medien“ gerade nicht tönen, als das Geschrei, mit dem die Aufmerksamkeit des „Volkes“ in eine bestimmte Richtung gelenkt werden soll und wird. Der aufmerksame Leser findet in den nachfolgenden Zeilen gewiß so manchen Fingerzeig dafür, warum bundesdeutsche Medien die Slowakei so selten bis gar nicht erwähnen.

Beim Blick auf die europäische Landkarte erscheint die Slowakei als recht kleiner Fleck am Beginn des sich bis zum Schwarzen Meer erstreckenden Karpatenbogens. In der Bundesrepublik Deutschland kennen zumeist nur östlich der Elbe Aufgewachsene das in aller Welt bekannte Heilbad Piešťany oder die wunderschöne Tatra, das kleinste Hochgebirge Europas, zugleich die Grenze zu Polen bildend.

Leider noch weniger Mitbürgern außerhalb der slowakischen Republik dürfte bekannt sein, daß der slowakische Nationalaufstand mit den slowakischen Kommunisten an der Spitze des Partisanenwiderstandes sowohl gegen das klerikal-faschistische Regime mit dem katholischen Geistlichen Dr. Jozef Tiso an der Spitze wie gegen faschistische Wehrmachts- und SS-Verbände uns slowakische Vasallen bereits ab August 1944 einen wesentlichen Teil zur Befreiung vom Faschismus beitrug.

Der opferreiche slowakische Nationalaufstand erleichterte den Vormarsch der Roten Armee und der gemeinsam mit der Roten Armee unter General Svoboda kämpfenden tschechoslowakischen Verbände.

Überall in den befreiten slowakischen Dörfern, Gemeinden und Städten übernahmen im antifaschistischen Widerstandskampf gestählte Kommunisten die Organisation des Neuaufbaus.

Das enge politische Zusammengehen der in der Slowakei traditionell sehr starken katholischen Kirche mit dem Faschismus in der so genannten „ersten slowakischen Republik“ bewirkte nach der Befreiung vom Faschismus die strikte Ausgrenzung der katholischen Kirche aus dem politischen Alltagsleben.

Vor dem Sieg der sozialistischen Umwälzung in der ČSR im Februar 1948 dominierten Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion neben der Holzverarbeitung das wirtschaftliche Profil des südlichen Teils unserer früheren Nachbarrepublik.

Übrigens – was heute gern unterschlagen wird und deshalb auch unter Historikern kaum bekannt ist: Nach der Befreiung vom faschistischen Joch entschieden sich die Bürger der Tschechoslowakei in freien und geheimen Wahlen für den Aufbau des Sozialismus.

Erst mit Einsetzen der sozialistischen Entwicklung im slowakischen Teil der ČSR, später ČSSR, begann eine unvergleichliche, ja wahrlich grandios zu nennende industrielle Entwicklung des Landes. So entstanden innerhalb weniger Jahre u.a. das größte Aluminiumwerk des RGW in Žiar nad Hronom (heute „teilprivatisiert), der „Rest“ zerschlagen, in Zlaté Moravce mit Calex die größte Fabrik zur Kühlschranksproduktion des RGW (bis 1989 eng kooperierend mit dem Kombinat DKK im sächsischen Scharfenstein - heute zerschlagen), ebenso eines der größten europäischen Zentren für Eisen und Stahl in Košice (heute in den Händen von US-Steel) oder Fabriken für die Automobilproduktion nahe Bratislava (heute VW) und der Mikroelektronik beim als Kurort bekannten Piešťany (heute zerschlagen) wie auch der Komplex ZŤS mit teilweise in Bergstollen gebauten Fabriken zur Rüstungsproduktion für die Staaten des Warschauer Vertrages bei Dubnica nad Vahom (heute „zergliedert“, teilweise noch in staatlicher Hand) oder auch das Donaukraftwerk bei Gabčíkovo (heute wieder verstaatlicht).

Parallel dazu entstand eine hochleistungsfähige, von Anfang an genossenschaftlich organisierte Landwirtschaft, die - begünstigt vom Klima - eine vollständige Eigenversorgung der ČSSR-Bevölkerung mit gesunden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln sicherstellte. Die Nahrungsmittelexporte überwogen deutlich die Importe jener Produkte, die naturgegeben in anderen Regionen der Erde wachsen (heute hingegen

erreichen Exporte slowakischer Nahrungsmittelprodukte zu vernachlässigende Größenordnungen).

Diese seinerzeit vielen Ländern - vor allem jenen jungen Nationalstaaten mit antikapitalistischer Perspektive - als Beispiel dienende sozialistische Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft begleiteten aus heutiger, kapitalistischer Sicht nicht mehr vorstellbare Wohnungsbaumaßnahmen und die selbst für Staaten des RGW Maßstab setzende sozialpolitische Maßnahmen nebst typischen hohen sozialen, medizinischen und - nicht zu vergessen - kulturellen Standards.

Seit dem Sieg der Konterrevolution arbeiten die medialen Werkzeuge des Klassenfeindes mit aller Macht an der Auslöschung jeglicher Erinnerung an jene Errungenschaften sozialistischen Aufbaus. Da gibt es keinen Unterschied im Gebaren der heute Herrschenden zwischen der BRD und der Slowakei. Das ist der Auftrag der medialen Höllenhunde des Kapitals im Verbund mit ihren politischen Handlangern. Mit immer neuen Gruselgeschichten halten sie eine mit gesundem Menschenverstand nicht vorstellbare Manipulationsmaschinerie am Laufen ... schon mehr als 25 Jahre ... immer frei nach Hitlers und Goebbels' Devise: ist die Lüge auch noch so groß, man muß sie nur oft genug wiederholen, dann wird sie vom Volk geglaubt. Erschreckend - diese historische Parallele.

Heute leben mehr als 10% der rund 5 Millionen Slowaken in und um Bratislava. Zweitgrößte Stadt ist das etwa 350 km von der Hauptstadt entfernte, in der Ostslowakei befindliche Košice.

Die Städte Žilina und Nitra zählen mehr als 100 000 Einwohner.

Nitra ist weniger Industrie- als vielmehr Universitäts- und Hochschulstandort, herausragend dabei die in aller Welt hohen Ruf genießende Landwirtschaftsuniversität. Zusammen mit der technischen und der pädagogischen Hochschule und der medizinischen Fachschule zählt Nitra mehr als 10 000 Studenten! Dazu ist Nitra Sitz der Selbstverwaltung (in deutsche Verhältnisse übertragen „Landeshauptstadt eines Bundeslandes samt zugehörigen Verwaltungen und „Ämtern“). Daraus resultiert ein überproportionaler Beschäftigungsanteil in Hochschul- und Verwaltungsstrukturen, schon vor 1989 war Industrieproletariat in mittleren und größeren Unternehmen strukturell unterrepräsentiert. In der Stadt gab es nur wenige, heute allesamt liquidierte größere Betriebe. Der größte, Plastika Nitra, bot mehr als 4000 Mitarbeitern Lohn und Brot – heute beschäftigen mehrere da angesiedelte Handelsfirmen weniger als 400 Bürger mit dem Verkauf von Chemieprodukten westeuropäischer Hersteller. Das traditionsreiche Werk zur Herstellung von Tiermedizin fiel ebenso der Liquidation anheim, wie die benachbarten Kombinate für Milch- und Fleischverarbeitung ... auch das Werk für Sanitärkeramik hörte auf zu existieren, ebenso die Werkzeugmaschinenfabrik und

die Textilmaschinenfertigung. Slowakische Produzenten waren für all das nicht mehr gefragt, westliche Hersteller besetzten deren Absatzmärkte!

Nicht vergessen werden darf in dieser Aufzählung die Bedeutung Nitrás als herausragender slowakischer Messe- und Ausstellungsstandort mit der über Landesgrenzen hinaus bekannten Landwirtschaftsausstellung Agrokomplex, aber auch die Maschinenbaumesse und weitere Fachmessen sorgen für internationalen Austausch.

Zudem war Nitra Garnisons-Standort für eine große motorisierte Abteilung der Streitkräfte – heute Umschlag-Standort für Nato-Truppen im Balkaneinsatz.

Und noch etwas kennzeichnet Nitra: Seine lange und bedeutungsvolle Geschichte. Eindrucksvoll belegen das zahlreiche archäologische Funde und Ausgrabungen. So war Nitra bis zu dessen Zerfall das geistig-kulturelle Zentrum des Großmährischen Reiches. Von Nitra aus begaben sich die griechischen Mönche Cyrill und Method gen Osten, um da das Christentum zu verbreiten. Die dabei verwendeten Schriftzeichen nennt man heute „kyrillisch“. Nach dieser Periode der Hochkultur durchlief Nitra wie das gesamte slowakische Territorium und seine Bewohner eine höchst wechselvolle Geschichte.

Mit der Aufteilung der ČSFR und der damit verbundenen erneuten Eigenstaatlichkeit der Slowakei entstand bei vielen Slowaken - auch progressiven Kräften - eine spürbare Renaissance nationaler slowakischer Werte - nicht wenig in Rückbesinnung auf einen mehrere Jahrhunderte andauernden Kampf der Slowaken um nationale Souveränität, schließlich war das kleine Völkchen der Slowaken stets von fremden Mächten beherrscht. die längste Periode hatte die Donaumonarchie ihren ungarischen Vasallen die Beherrschung und Ausbeutung der Slowakei übertragen. Budapests Ruhm und Glanz basiert auf slowakischen Bodenschätzen und dem Fleiß slowakischer Bauarbeiter ... eine sehr diffizile Form der Unterdrückung „alles Slowakischen“ bestand z.B. darin, daß (bis 1918!) ein Slowake nur dann eine wie auch immer geartete Funktionen / Tätigkeit (z.B. Steiger oder Vorarbeiter in einer slowakischen Grube / Erzverarbeitung oder Arzt beispielsweise in einem Heilbad) ausüben durfte, wenn er zuvor seinen Namen hatte madjarisieren lassen, sprich: wenn er zuvor seine slowakische Herkunft verleugnete! Erst nach 1918 / 1920, mit dem Vertrag von Trianon, endete die ungarische Dominanz für die Slowaken.

Zur Problematik Ungarn gehört noch ein trauriges Kapitel slowakischer Geschichte. Im Zusammenhang mit dem Münchner Abkommen und seinen Folgen, der Ausrufung des Protektorats Böhmen und Mähren erfolgte von Hitlers Gnaden die Gründung der „ersten slowakischen Republik“ mit dem katholischen Pfarrer Dr. Jozef Tiso an der Spitze, einem glühenden Klerikalfaschisten.

Hitler hatte seinem Statthalter in Ungarn, dem früheren österreichisch-ungarischen Admiral Horthy für dessen Beitrag zur Sicherung der Ostflanke (Zugang der Faschisten zum Balkan) erhebliche slowakische Territorien Ungarn zugeordnet. Im Zuge der Inbesitznahme dieser süd- und südöstlichen Teile der Slowakei durch Ungarn kam es zu Pogromen und Massakern, denen mehrere Tausend Slowaken zum Opfer fielen (eine Gedenktafel am Donaustauwerk Gabčíkovo erinnert daran).

Nach der Niederschlagung des Faschismus erfolgte die Rückverlegung der slowakischen Grenze auf der Grundlage der Festlegungen des schon erwähnten Vertrages von Trianon (übrigens: das Parlament des EU Mitgliedes Ungarn beschloss eine Erklärung zur Ungültigkeit des Vertrages von Trianon von Anfang an, ohne daß dieses Infragestellen der europäischen Grenzordnung irgend einer politischen Debatte oder einer Verurteilung des offenen Strebens nach Grenzrevision in der EU wert gewesen wäre!)

Die auf slowakischem Territorium verbliebenen Ungarn bilden etwa 10 % der Bevölkerung. Obwohl von Anfang an per Gesetz und behördlicher Handhabung die Zweisprachigkeit in diesen Regionen staatlich garantiert war und es weder vor noch nach der Konterrevolution Diskriminierung der ungarischen Minderheit gab, erfährt man im persönlichen Kontakt mit Slowaken ungarischer Nationalität überwiegend schroffe Ablehnung alles Slowakischen. Üblicherweise kommuniziert kaum ein Slowake ungarischer Nationalität in slowakischer Sprache.

Nur wenige Kilometer südlich von Nitra beginnt das bis zur ungarischen Grenze reichende, überwiegend von ungarischsprachigen Slowaken besiedelte Gebiet, in Nitra selbst ist diese Bevölkerungsgruppe eine Minderheit.

Nach dem Sieg der Konterrevolution begann sich auch das Leben für die Slowaken grundlegend zu ändern ... aber - im Gegensatz zum tschechischen Teil der Tschechoslowakei vollzog sich das Vorrücken der „Marktwirtschaft“ in der Slowakei viel langsamer und trotzdem einhergehend mit immer spürbarerem Verschwinden all dessen, was zuvor das Leben der Menschen in der Slowakei geprägt hatte: Sozialer Zusammenhalt, Mitmenschlichkeit, Achtung vor dem Mitmenschen, Achtung vor den geschaffenen Werten, Hilfsbereitschaft und Güte ... noch Mitte der 90er Jahre undenkbar, daß sich Jugendliche etwa auf die Lehnen von Parkbänken und den Füßen auf den Sitzflächen gesetzt hätten ... nicht weniger undenkbar für die Masse der Menschen die klammheimlich aufziehende Gefährdung durch Drogen.

Das leise, aber stetige „Verschwinden“ sozialer Bindungen im Zusammenwirken mit zunehmender Arbeitslosigkeit schuf bei zahlreichen Mitbürgern große Ängste, nicht wenige zerbrachen menschlich daran. Ausweglosigkeit und Hoffnungslosigkeit im Verbund mit zerbrochenen sozialen Bindungen ließen die Selbstmordrate in der Slowakei erschreckend ansteigen ... die slowakische Statistik zu dieser Frage ist brutal,

die Suizid-Rate wegen sozialer Chancenlosigkeit hat erschütternde Dimensionen ... zwischen 1990 und 2000 schieden mehr als 30 000 Slowakinnen und Slowaken aus dem Leben. Die nackte Zahl an sich läßt schon erschauern, um wie viel mehr die Vorstellung einer menschenleeren Stadt?

Natürlich gab es in der Slowakei auch so genannte Gewinner des konterrevolutionären Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft, die sich häufig genug auf dubiose Weise ihren Anteil bei der Zerschlagung des Nationaleigentums sicherten. Einigen wenigen stand das Glück der Stunde zur Seite ... manche der „Gewinner“ aber lernten auch sehr schnell den sprichwörtlichen Weg „über Leichen“ ... und noch andere hatten ihr Verhalten mit atemberaubender Geschwindigkeit den Wünschen der neuen Herren angepasst - all ihr Wissen von der Klassengesellschaft als Ballast für die Karriere unter den „neuen Bedingungen“ über Bord werfend. Personen mit ähnlicher Charakterlosigkeit hatte man in der BRD wohl den Begriff „Wendehals“ zugeordnet. Nicht selten entstanden so von heute auf morgen in nicht wenigen Familien tiefe soziale Risse.

Im linken politischen Spektrum der slowakischen Gesellschaft Mitte der 90er Jahre agierten 2 Parteien: die Schwesterpartei der deutschen PDS, die SDL (slowakische demokratische Linke, sie war die erste linke Nachfolgepartei der KSČ) und später die KSS (kommunistische Partei der Slowakei - ebenfalls eine Neugründung, natürlich vielen vormaligen KSČ.Mitgliedern politische Heimat bietend und im Gegensatz zur SDL den Klassencharakter der Gesellschaft und die Eigentumsfrage als entscheidende Frage nicht negierend).

Während die SDL den Klassencharakter der konterrevolutionären Ereignisse des Herbstes 1989 leugnete und stattdessen im Sprachgebrauch des Klassenfeindes von der „samtenen Revolution“ sprach, bezog die KSS eindeutige Klassenposition. Sie nannte Ross und Reiter und demaskierte das Bestreben der SDL, mit lautstarkem Bekläffen zunehmender sozialer Kälte der kapitalistischen Klassengesellschaft ein rosa, ein sozialdemokratisches Mäntelchen überzuwerfen.

Ende der 90er Jahre nahmen die Menschen in der Slowakei die Kommunistische Partei der Slowakei als konsequente Kraft gegen Sozialabbau und die zunehmend ins Land drängenden internationalen Konzerne wahr.

Hier ist ein Einschub notwendig, eine slowakische Besonderheit erklärend:

Nach dem Sieg der Konterrevolution in der ČSFR begann das deutsche und österreichische Kapital sehr schnell, sich der qualitativ hoch stehenden Kapazitäten für die Endfertigung im böhmischen Teil der ČSFR zu bedienen. Dafür fand sich mit Vaclav Klaus ein die „böhmischen Belange“ überaus geschickt und klug durchsetzender Handlanger.

Im slowakischen Teil der ČSFR befanden sich die erwähnten „großen Produktionskomplexe“, mit Ausnahme des Kühlgeräteproduzenten Calex in Zlaté Moravce und den Rüstungsschmieden in Dubnica nad Vahom vorwiegend Hersteller von Halbzeugen. Westliches Interesse fand sich lediglich für Spitzenkräfte aus der Facharbeiterschaft und dem Ingenieurkader zum Drücken der heimischen Löhne. Ansonsten bestand westliches Interesse nur an der Liquidierung der großen Produktionskapazitäten, um deren Märkte mit Produkten aus den gerade krisengeschüttelten „eigenen“, westlichen Kapazitäten zu beliefern.

So entwickelte sich sehr schnell zwischen dem böhmisch-mährischen und slowakischen Teil der ČSFR ein enormes Konfliktpotential.

Vaclav Havel, vom Westen als Ikone der Freiheit hofiert, befeuerte die Spannungen im September 1991 mit seiner Verkündung über die Einstellung der Kriegswaffenproduktion in der ČSFR!

Tosender Beifall westlicher Konkurrenten sprach Bände und bedeutete von einem Tag auf den anderen für rund 60 000 hoch qualifizierte slowakische Fachkräfte das Aus!

Übrigens - die Produktion von Polizeiwaffen im böhmisch-mährischen Teil der ČSFR blieb von dieser Verkündung vollkommen unberührt - ein Schelm, der Arges dabei denkt!

Unter Nutzung des Elementes Nationalismus vollzog sich zum 1. Januar 1993 die Aufspaltung der Tschechoslowakei, neben der tschechischen Republik entstand die so genannte „zweite slowakische Republik“.

Deren erster Ministerpräsident wurde Vladimír Mečiar – im Westen als „Postkommunist“ verschrien und fortan weitestgehend ignoriert. Für den politischen Westen existierten (damals und in aller Regel auch heute noch) nur Prag und die tschechische Republik sowie Budapest und Ungarn. Der Staat dazwischen schien (und scheint) Luft.

Mit dem Sieg der Konterrevolution in der wie schon erwähnt traditionell stark katholisch geprägten Slowakei drängten vordem als Folge der Verquickung der Kirche mit den Faschisten aus dem politischen Alltag ausgegrenzte klerikale Kräfte in alle wichtigen Schaltpositionen - im Staate wie auch in den örtlichen Verwaltungen.

Jedoch verschreckte deren blind-antikommunistisches Wüten gegen alles, was im Ergebnis des 40-jährigen sozialistischen Aufbaus entstanden war, die Mehrzahl der Slowaken sehr schnell, und zwar ganz unabhängig davon, ob eifrige Kirchgänger oder nicht.

In Nitra zum Beispiel wollten jene Kräfte den noch unter sozialistischen Bedingungen begonnenen und sich im fortgeschrittenen Stadium befindlichen Theater-Neubau als „Schandmal des Kommunismus“ wieder abreißen. Die Menschen griffen sich an den Kopf ob solchen Irrsinns - und verhinderten den Abriss.

Auch das erklärt, warum die der deutschen CDU nahe kommende und der sich auch brüderlich verbunden führende KDĽ (Kresťanské demokratické hnutie) seither bei Wahlen kaum 10 % der abgegebenen Stimmen erhält – und das trotz nahezu täglich übervoller Kirchen. Übrigens, bei den Parlamentswahlen am 5.03.2016 erhielt die KDĽ weniger als 5% der abgegebenen Stimmen!

Für viele Slowaken bot der in den vorangegangenen Konflikten mit dem Tschechen Vaclav Klaus profilierte Vladimír Mečiar am ehesten Gewähr für die Wahrung sozialer Standards und nationaler Interessen. Dies hilft verstehen, weshalb in den ersten Jahren der „zweiten slowakischen Republik“ der Prozess der allumfassenden Machtergreifung des internationalen Kapitals nur sehr langsam voran schritt und noch viele Elemente sozialer Sicherheiten aus „früheren Zeiten“ fort lebten.

So verbot ein slowakisches Gesetz den Fabrikneubau auf der Wiese ohne Ausgleichszahlungen an den Staat für Renaturierungen brach liegender Flächen in Höhe etwa des Doppelten des eigentlichen Investitionswertes!

Ein anderes slowakisches Gesetz verbot Banken, für Kredite privat genutzten Wohnraum als Sicherheit zu nehmen ... zudem bewegte sich der Zinssatz für Firmenkredite bei sage und schreibe 25% und mehr!

Notwendig erscheint mir noch der Hinweis auf folgenden, nicht gerade vielen bekannten und gewiss schandvollen Sachverhalt aus dem Herbst 1989:

Nur weitestgehende ideologische Degeneration kann erklären, daß im Herbst 1989 Abgeordnete der KSČ im tschechoslowakischen Parlament den Dissidenten Vaclav Havel zum Präsidenten wählten. Der löste anschließend das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus. Das daraus hervorgegangene Parlament charakterisierte und verbot die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als verbrecherische Organisation, u.a. verbunden mit der Einziehung allen Parteivermögens und unsäglichlicher Strafverfolgung standhafter Kommunisten.

Die Kommunistische Partei in Böhmen und Mähren (KSČM) wie auch die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS) sind daher Neugründungen nach 1990, wobei in der Slowakei zunächst die SDĽ, deutsch „slowakische demokratische Linke“ gegründet worden war, erst 1992 erfolgte die Gründung der KSS.

Das alles charakterisierte das politische Leben der Slowaken und bildete Grundlage und Umfeld der politischen Arbeit der kommunistischen Partei der Slowakei, die

Mitte der 90-er Jahre von zwei Schwerpunkten bestimmt war, von ganz unten bis in die Führungsgremien:

der Versuch des Verstehens der für unmöglich gehaltenen Niederlage – und zwar im gesamten sozialistischen Lager

UND

die Sammlung jener früheren Mitglieder der per Gesetz verbotenen KSČ, die nicht vor der Konterrevolution zu kapitulieren bereit waren oder gar zu deren willfährigen Helfern verkommen waren.

Von ideologisch klar gebliebenen Genossen in der Ostslowakei gingen schon damals Bestrebungen aus, Formen kontinuierlicher politischer Bildung für die Mitglieder der Kommunistischen Partei der Slowakei zu organisieren.

Nach einer Phase der Selbstfindung traten die slowakischen Kommunisten erstmals wieder sicht- und hörbar in die Öffentlichkeit, unter anderem mit dem neuen Parteiorgan „Úsvit“, deutsch „Morgenröte“.

Der „Úsvit“-Leitartikel nahm mit Klassenstandpunkt klar Stellung zu historischen und Zeitereignissen. „Úsvit“ würdigte herausragende Persönlichkeiten des sozialistischen Aufbaus ebenso, wie das Wirken der Kommunisten im antifaschistischen Kampf. Leser erhielten mit dem kleinen ABC des Marxismus Begriffserläuterungen in der Sprache der Arbeiterklasse.

Wie einigen erinnerlich, verschärfen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre daran interessierte Kreise des Westens mit irrer medialer Begleitung massiv die politische Situation auf dem Balkan.

In dem Maße verstärkte sich westliches Interesse an der geopolitisch und strategisch bedeutsam gelegenen Slowakei, auch, weil Österreich damals noch aktive Neutralität übte und der NATO ob historischer Bindungen zum Balkan als Problemfaktor galt.

Und so geschah etwas, was man in der BRD so wohl weder damals noch heute für möglich gehalten hätte - und worüber, wie schon damals üblich, auch kaum jemand berichtete:

Nicht die aus den Parlamentswahlen 1998 mit mehr als 36% der abgegebenen Stimmen als klarer Sieger hervorgegangene Partei HZDS (Hnutie za demokratické Slovensko - Bewegung für eine demokratische Slowakei) von Herrn Mečiar stellte den Ministerpräsidenten, nein!

Ministerpräsident wurde ein Herr Dzurinda, dessen Partei SDKU (Slovenské demokraticko-kresťanská Únia - Slowakische demokratisch-christliche Union) weniger als 19% erhalten hatte ...

Ein tolles Beispiel von „Demokratie“ lieferte eine damals wie heute unglaublich anmutende Koalition, die, übertragen ins deutsche Parteienspektrum, nahezu alle Parteien von CDU / CSU über FDP und SPD, bis hin zu den Grünen und der PDL einschloss. Es entstand eine Koalition dem westlichen Kapital willfähriger Kreaturen. Übrigens: Die damalige slowakische Schwesterpartei der PDS, die SDL bezahlte diesen „Deal“ mit ihrer Marginalisierung und letztendlichen Auflösung.

Nicht nur Srebrenica diente der NATO als produktive Provokation für das Bombenwerfen auf Jugoslawien. Kaum Ministerpräsident und ganz ohne Zustimmung des Parlaments erteilte Herr Dzurinda den NATO-Bombern die Überflugserlaubnis.

Nicht nur überfliegende NATO-Bomber kündeten sichtbar von der nun erfolgenden Inbesitznahme der für westeuropäische / US-amerikanische Politstrategen der offenbar geopolitisch nicht mehr bedeutungslosen Slowakei.

Mit von den Slowaken für undenkbar gehaltenen Dimensionen verhökerte die westhörige Regierung Dzurinda slowakisches Nationaleigentum an westeuropäische und vor allem US-Konzerne. Auch dazu war schließlich die Koalition der Willfährigen zusammengekauft worden. Parallel mit diesem Prozess betrieb die Regierung Dzurinda die systematische Zerschlagung all dessen, was vorher für das Leben der Slowaken notwendig und typisch war:

Die Regierung Dzurinda zerschlug (privatisierte) das staatliche Gesundheitswesen komplett - an Stelle vom Staat bezahlter Ärzte traten Gesundheitsunternehmer im weißen Kittel. Aus vordem hohen internationalen Standard repräsentierenden Kliniken und Krankenhäusern wurden knallharte Profitzentren.

Die Regierung Dzurinda zerschlug (privatisierte) das staatliche Versicherungswesen komplett, einschließlich Rentenversicherung, Sozialversicherung usw. und verhökerte alles, womit internationale Versicherungskonzerne ihren Reibach machen konnten, auf Kosten der Slowaken - klar!

Danach mußte im Prinzip ein jeder, der seinen Schritt zum Arzt lenkte, seine Behandlungskosten nebst Medikamenten erst einmal selbst bezahlen. Falls sich derjenige eine Krankenversicherung überhaupt leisten konnte, erhielt er dann - adäquat zum Umfang seines Versicherungsschutzes - eine teilweise oder komplette Rückerstattung seiner Behandlungskosten ... und konnte sich jemand keine Krankenversicherung leisten, dann sollte er besser nicht krank werden ... Gesundheit ist im Kapitalismus eine Ware!

Wer arbeitslos wurde, erhielt für 6 Wochen eine auf ca. 160 Euro begrenzte Arbeitslosenunterstützung, danach NICHTS. Wer in größeren Städten lebte, der konnte bei glücklichen Umständen im Winter Gehwege vom Schnee frei halten oder auf dem Friedhof Gras mähen und auf dieser Basis kommunale Almosen erhalten. Der ökonomische Druck auf „die kleinen Leute“ ist mit deutschem Verständnis nicht vorstellbar, vor allem, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ein Kilo Brot der billigsten Sorte im Supermarkt heute nicht unter 1,20 Euro zu haben ist!

Die Regierung Dzurinda schaffte die Sozialtickets für Rentner in Bussen und Bahnen ab. Zuvor konnten die Senioren die öffentlichen Verkehrsmittel im Nahverkehr kostenlos und im Fernverkehr für den Symbolpreis von 1 Krone / 100 km nutzen.

Die Regierung Dzurinda führte in der Slowakei die so genannte Einheitssteuer mit 19% ein. 19% auf alles, egal, ob Spitzensteuersatz als paradiesisches Geschenk für die Reichen und Konzerne oder 19% Mehrwertsteuer, die vor allem die kleinen Leute belastete.

Die Kette sozialer Grausamkeiten könnte hier problemlos und jeden Rahmen sprengend fortgeführt werden.

Das soll dem Leser erspart bleiben.

Nicht ersparen kann ich aber dem geneigten Leser den Hinweis, daß sich das Kapital häufig kleine Gruppen / kleine Länder aussucht, um zu testen, wie weit der Sozialabbau getrieben werden kann, bevor aufkommender Widerstand in der Tendenz das System gefährdende Ausmaße annimmt. In sofern zählt die Slowakei „nur“ zu den Testgebieten für soziale Grausamkeiten, die mit Sicherheit nicht auf die Slowakei begrenzt bleiben (siehe Griechenland usw.)

Einen solchen Testfall innerhalb des kleinen Landes Slowakei lieferte die Regierung Dzurinda Anfang 2000 mit der Kürzung der an sich schon marginalen Unterstützungszahlungen für die am sozialen Abgrund vegetierende Roma-Bevölkerung auf ein Viertel.

Man vergegenwärtige sich das einmal in aller Klarheit: Den Ärmsten der Armen wurden die finanziellen Mittel für ein Dasein am untersten Rand der Gesellschaft per Verordnung von einem Tag auf den andern auf ein Viertel gesenkt. Im Klartext hieß das: Nach einer Woche war das vorher für einen Monat zur Verfügung stehende Geld aufgebraucht - kein Geld für nichts mehr, nicht für Brot, nicht für Milch - einfach nichts mehr!

Aus purer, purer Not griffen die oft verächtlich als Zigeuner diffamierten Roma zum Knüppel und holten sich aus den Geschäften, was sie zum Überleben benötigten. Ich führte schon an: ein Dasein am untersten Rand der Gesellschaft. Wer jemals eine

„Zigeuner-Ansiedlung“ aus der Nähe sah, wird sich weigern, dafür den Begriff „leben“ zu verwenden!

Prompt reagierte die Regierung Dzurinda mit massivem Einsatz von Militär und Polizei, damit umgehend Ruhe und Ordnung wieder herstellend. Danach, ganz ohne Getöse, ganz still und heimlich hob die Regierung Dzurinda die zuvor mit populistischer Begleitmusik und nicht ohne chauvinistisches Echo gebliebene Senkung der Unterstützungszahlungen für die Roma-Familien wieder auf.

Hier sind noch ein paar einordnende Worte zur „Zigeunerfrage“ notwendig.

Nach Ende der ersten (1529) und zweiten Belagerung Wiens (1683) durch osmanische Truppen und nach deren Rückzug waren weite Teile Südosteuropas verwüstet, teilweise entvölkert. In dieses „Vakuum“ stieß die erste Welle einwandernder Sinti und Roma. Dieser Teil der oft verächtlich „Zigeuner“ genannten Einwanderer hat sich im Verlaufe von mehr als 200 Jahren in ihre Einwanderungsregionen integriert und unterscheidet sich nur durch etwas dunkleren Teint von den „übrigen Slowaken“.

Nach Ende des zweiten Weltkrieges lagen wieder weite Teile (nicht nur) Osteuropas in Schutt und Asche, zudem erfolgte gemäß alliierter Beschlüsse die Ausweisung der deutschsprachigen Bevölkerung Osteuropas. Das schuf erneut ein „Vakuum“, in das eine weitere Welle Sinti und Roma einwanderte. Den Menschen dieser Einwanderungswelle blieben bis 1989 nicht einmal 50 Jahre zur Integration, wobei heute sehr bewußt unterschlagen wird, daß die per Gesetz geregelte Pflicht zur Arbeit für alle tschechoslowakischen Bürger galt - auch für Sinti und Roma ... die mit Arbeit für sich und ihre Familien soziale Absicherung gewährleisteten und so in aller Regel fleißig und arbeitsam den Weg in die Gesellschaft finden konnten.

Erst nach 1989 erfolgte die massenhafte Ausgrenzung der Sinti und Roma aus nahezu allen gesellschaftlichen Sphären, vor allem - und das fast zu 100% - aus dem Arbeitsleben (mit der landläufigen „Erklärung“: es ist ja nicht mal genug Arbeit für die weißen Slowaken da!) Deshalb verfügen heute slowakischen Sinti- und Roma-Familien in aller Regel nur über zwei Möglichkeiten zum „Gelderwerb“: die (extrem niedrige) Sozialhilfe und das Kindergeld. Andere legale Möglichkeiten existieren real nicht ... und wer bitte im „Rest“ von Europa interessiert sich dafür? Schließlich bilden Sinti und Roma in der Slowakei rund 10 % Bevölkerungsanteil!

Ebenso wenig interessiert sich die europäische Öffentlichkeit für das unglaubliche Maß des Verhöckerns staatlichen slowakischen Eigentums an internationale Interessenten durch die Regierung Dzurinda einhergehend mit jede Vorstellungskraft übersteigender individueller Bereicherung der slowakischen Helfershelfer.

Im Spätherbst 2011, also vor den Parlamentswahlen im März 2012, lancierten daran interessierte Kreise Geheimdienstprotokolle aus jener Zeit in die Öffentlichkeit, zum Teil Tonbandmitschnitte, die jenes unglaubliche Verscherbeln slowakischen Nationaleigentums dokumentierten. Die daraus entstehende und vorwiegend von Jugendlichen und Studenten getragene Protestbewegung bekam den Namen der Geheimpapier: „Gorilla“ und wochenlang beherrschten Demonstrationen mit Gorillamasken die slowakische Öffentlichkeit. Einige wenige Bilder davon flimmerten damals auch über deutsche TV-Bildschirme.

Nicht unerwähnt bleiben darf die maßgebliche Beteiligung der US-amerikanischen Penta-Group, einer Beraterfirma, die dem Clan von Madeleine Albright, der ehemaligen US-Außenministerin zugeschrieben wird. Jene Penta-Group „beriet“ die Regierung Dzurinda im „wer bekommt was“! Und heute gehört jene Penta-Group als slowakischer Medienmogul zu den eifrigsten Financiers der slowakischen Opposition gegen Robert Fico und dessen Partei SMER.

Ja - vielleicht erinnert sich der eine oder andere von uns noch an den Mai 2004:

Genau die zuvor geschilderten sozialen Grausamkeiten UND das Verhökern nationalen Eigentums „qualifizierte“ - plötzlich und unerwartet, ja „Phönix aus der Asche“ gleichend - die selbe, vorher für den „Westen“ quasi nichtexistente Slowakei zur Gruppe der ersten Beitrittskandidaten für die Osterweiterung der EU im Mai jenes Jahres 2004.

Aus vorstehend Geschildertem ist unschwer zu schlussfolgern, wie extrem sich die soziale Situation in der Slowakei ab 1998 verschärfte.

Logisch, nahezu täglich erhob sich gegen immer neue Formen sozialer Demontage Protest - Protest in breiten Bevölkerungsgruppen (und nicht - wie heute - aus der US-Botschaft bzw. von westlichen Stiftungen / NGO's organisiert und finanziert ...)

Diese Situation bildete das gesellschaftliche Umfeld für die politische Arbeit der Kommunistischen Partei der Slowakei. Zumindest für Nitra darf ich zurückblickend feststellen: die Genossen der Kommunistischen Partei der Slowakei gehörten nicht zu jenen, die den Protestaktionen „nacheilten“. Aus eigenem Erleben weiß ich, wie intensiv die Kommunisten nicht nur in Nitra und im landwirtschaftlich geprägten Umfeld wirkungsvolle Protestaktionen organisierten und stets an der Spitze der Auseinandersetzungen standen. Das ist auch deshalb bedeutsam, weil es in Nitra – wie an anderer Stelle schon erwähnt - kaum (noch) größere Fabriken gab und demgemäß Angestellte der Verwaltungen und Hochschulen eher das politische Klima bestimmen als Industrieproletariat.

Das politische Wirken der Kommunistischen Partei der Slowakei in der für alle wahrnehmbaren Öffentlichkeit, das engagierte und konsequente Auftreten der Kreis-, Bezirks- und Grundorganisationen der KSS für die Belange der „kleinen Leute“ führte trotz Ausblendung der KSS aus den veröffentlichten Medien dazu, daß die Kommunistische Partei der Slowakei bei der Parlamentswahl 2002 mit mehr als 6% und 11 Abgeordneten in das slowakische Parlament einzog.

Das war unter den geschilderten Bedingungen ein wahrlich toller Erfolg!

Der Erfolg jedoch erwies sich leider sehr schnell als recht zweifelhaft.

Warum?

Recht kurz nach Einzug ins Parlament nahm nicht nur ich einen eigenwilligen Prozess in der Führung der Kommunistischen Partei der Slowakei wahr, der beim Vorsitzenden der Partei begann, einem Herrn Ševc – übrigens, und das schmerzt besonders, der Schwiegersohn des im Januar 2015 verstorbenen aufrechten Kommunisten Vasil Bilak.

Mit Herrn Ševc an der Spitze erlagen die meisten Abgeordneten der KSS den Verführungen plötzlicher Nähe zu den „Futtertrögen“ des bürgerlichen Parlaments.

Mir persönlich sind nur zwei Ausnahmen bekannt, eine davon Professor Ivan Hopta, Herausgeber der damaligen Parteizeitung „Úsvit“. Er und andere ideologisch fest auf proletarischem Klassenstandpunkt verortete Parteikollektive spürten sehr schnell die Folgen der eigenartigen Wandlung im Verhalten prinzipienloser Führer an der Spitze der Kommunistischen Partei: Die für eine marxistische Bildungsstruktur innerhalb der Partei benötigten Gelder wurden kurzerhand gestrichen (obwohl sie durch die Parlamentszugehörigkeit vorhanden gewesen wären). Bis heute gibt es keine politische und erst recht keine kontinuierliche politische Bildung an der Basis und für die Basis der Partei!

Auf die zuvor geschilderten brutalen sozialen Verwerfungen reagierte die Führung der nun im Parlament vertretenen KSS verbal mit scharfen Attacken gegen die Politik der Regierung Dzurinda ... und im öffentlichen Auftreten zunehmend aktionalistisch.

Die Kreis-, Bezirks- und Basisorganisationen initiierten zu jedem der sich zahlreich bietenden Anlässe öffentliche Protestaktionen und Meetings, auf denen anfangs noch Vertreter der Parteiführung mit scharfen Worten das Wirken Dzurindas geißelten ... ja, und das war's - zumindest so sahen und erlebten es die Menschen in den Städten und Dörfern.

In dem Maße, wie der Führung der Kommunistischen Partei der Slowakei auch in der Öffentlichkeit von der Parteibasis Fragen nach ihrer Funktion und ihrem Wirken im

Parlament gestellt bekam - u.a. auch bohrende Fragen nach dem Verbleib der Gelder, die die Parlamentsfraktion bekäme oder warum die vorbereitete politische Bildungsstruktur kein Geld erhielt usw., in dem Maße sank auch die Teilnahme des KSS-Führungspersonals an öffentlichen Protestveranstaltungen, obwohl deren Anzahl ob der sich stetig verschlechternden sozialen Situation nicht sank.

Die Wirkung davon war in breiten Bevölkerungsschichten absolut verheerend. Die große Zahl sozial bedrängter Menschen, die in der Kommunistischen Partei der Slowakei eigentlich die Kraft des Widerstands gegen die Machenschaften der Regierung Dzurinda suchten, musste entsetzt zur Kenntnis nehmen, daß sich das Verhalten des Führungspersonals der KSS kaum vom Verhalten der Parlamentarier übriger Parteien unterschied.

In der schon erwähnten Parteizeitung „Úsvit“ fand der Unmut der Parteimitglieder über die Machenschaften der Parteiführung harschen Widerhall.

In zahlreichen Leserbriefen, aber auch in umfangreichen Beiträgen forderten Genossen aus ganz unterschiedlichen Parteiebenen von der Parteiführung die sofortige Kursumkehr und das Entfernen jener aus den Führungsgremien, die durch ihr Treiben das Fortleben der Partei eklatant in Frage stellten.

Die Reaktion der KSS-Parteiführung? Zunächst öffentliche Diffamierung des Herausgebers der Parteizeitung „Úsvit“, Professor Hopta. Dem folgte dessen Parteiausschluss und die parallele Herausgabe einer neuen Parteizeitung mit Namen „Kroky“, zu deutsch „Schritte“, bezeichnend ohne die Überschrift aus dem Kommunistischen Manifest: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Einhergehend damit ersetzte die Parteiführung unter Herrn Ševc Schritt für Schritt alle Funktionen innerhalb der Partei und im kommunistischen Jugendverband mit der Führung hörigen, häufig aber für die ihnen übertragenen Aufgaben sehr ungeeigneten, ja unfähigen Kadern.

Unter anderen lernte ich auch jenen kennen, der sich bereitfand, den erfahrenen und fähigen ersten Sekretär der Kreisorganisation der Kommunistischen Partei Nitra, einen früheren Militär, zu ersetzen. Eine der ersten Aktivitäten des „Neuen“ war die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der gerade aufgebauten, der Natur der Sache nach natürlich „aufmüpfigen“ kommunistischen Studentengruppe ... auch deshalb, weil ihm jeder Student intellektuell hoch überlegen und er keiner Diskussion zu folgen in der Lage war.

Jene, die sich diesem die Grundlagen der engagierten Arbeit der Kommunisten in den Grundorganisationen, in den Bezirks- und Kreisorganisationen zerstörenden Prozess hätten entgegenstellen, wurden scheidemokratisch ins Abseits gestellt. Die Kampf-

kraft der Basiskollektive war noch nicht so weit entwickelt, daß sie dem zerstörerischen Prozess der Parteiführung hätte substantiell Widerstand leisten können.

Mit Rückschau auf jene Jahre will es mir vorkommen, als wäre der seinerzeitigen Parteiführung die Aufgabe gestellt worden, die Kommunistischen Partei der Slowakei, die in vielen Klassenkämpfen bewährte kommunistische Partei sowohl aus dem Bild der Öffentlichkeit wie aus der Wahrnehmung der Menschen zu verbannen. Diese Aufgabe hätte - zudem ohne Blutvergießen - kaum perfekter gelöst werden können.

Die alljährlichen feierlichen Treffen anlässlich der Wiederkehr des Beginns des Slowakischen Nationalaufstandes (SNP) im August führen inzwischen nur die immer größer werdenden Lücken vor Augen. Gut erinnere ich mich an den im August 2004 noch kraftvollen und erfolgreichen Widerstand gegen die Umdeutung des Slowakischen Nationalaufstandes im Mainstream-Sinne ... heute traurig kaum noch wahrnehmbar und ebenso kläglich, wie in der tschechischen Republik der Verzicht der KSČM auf die eigene Gedenkveranstaltung in Lidice.

Übrigens: Nach dem Wahldebakel 2006, bei dem die kommunistische Partei mit halbiertem Stimmenanteil gegenüber 2002 aus dem Parlament flog, wurde der Parteivorsitzende Ševc durch einen Herrn Hrdlička abgelöst, der als Vorsitzender des kommunistischen Jugendverbandes dessen Marginalisierung zu verantworten hatte.

Das Ergebnis dieser verheerenden Politik verdeutlichten auch die Ergebnisse folgender Wahlen.

Bei den schon angesprochenen Parlamentswahlen am 5. März 2016 entfielen auf die KSS 0,62 % der abgegebenen (gültigen) Stimmen! Das braucht keinen Kommentar mehr, bitter bleibt aber die Feststellung: Besser als von jener Parteiführung damals hätte die Aufgabe einer stillen und vor allem nachhaltigen Liquidierung der konsequentesten Kraft für die Überwindung der Ausbeutergesellschaft nicht erfüllt werden können!

Der immense Schaden für die kommunistische Sache in der Slowakei nahm unübersehbare und bis heute wirkende Ausmaße an. Schließlich geschah zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit etwas, was sich kein slowakischer Kommunist je hatte vorstellen können: Erneut verriet Führungspersonal der Kommunistischen Partei der Slowakei grundlegende Positionen unter Preisgabe des Klassenkampfes!

Das stürzte sehr viele Mitglieder und Sympathisanten der Kommunistischen Partei der Slowakei in tiefe Orientierungslosigkeit und Verzweiflung.

Jüngere, gerade erst zur Partei gestoßene, verließen die KSS wieder. In den Grundorganisationen verblieben überwiegend Betagte, für sie überhaupt Gelegenheit für das Zusammensein mit Gleichgesinnten. Von politischer Arbeit war unter diesen Bedin-

gungen keine Rede mehr. Die von mir erwähnte „Auswahl“ von der Führung hörigen Kadern in die Mehrzahl der entscheidenden Parteifunktionen tat ihr übriges.

In jener mehrfachen Krisensituation in der Slowakei, gekennzeichnet einerseits vom sozial und gesellschaftlich verheerenden Wirken der Regierung Dzurinda und der Agonie der führenden Kraft für den Widerstand, der Kommunistischen Partei, tritt ein gewisser Dr.jur. Robert Fico in die erste Reihe der politischen Bühne der Slowakei.

Herr Fico studierte in der sozialistischen Tschechoslowakei Jura, 1987 wurde er Mitglied der Kommunistischen Partei, nach deren Verbot Mitglied der SDL.

Aus Protest gegen die Teilnahme der SDL an der Koalition der Willfähigen trat Robert Fico - seinerzeit immerhin stellvertretender Parteivorsitzender - aus der PDS-Schwesterpartei SDL aus und gründete 1999 die Partei SMER (deutsch „Richtung“).

Die parteipolitische Linie von SMER will vielen als sozialdemokratisch erscheinen. An einer solchen Einschätzung mag manches nicht falsch sein. Zwei Dinge muß man aber Robert Fico zugestehen, was ihm auch den Respekt aufrechter Kommunisten in der Slowakei einbrachte:

Robert Fico hat eine felsenfeste antifaschistische Grundposition, verbunden mit der Ablehnung von Nato-Stützpunkten auf slowakischem Territorium

Was Robert Fico vor einer Wahl ankündigt, das realisiert er auch, erhält er als Regierungschef die Chance dazu.

Bei den Wahlen 2002 verfehlte Fico's Partei noch die Koalitionsfähigkeit, auch deshalb, weil viele Slowaken seinerzeit noch in der Kommunistischen Partei der Slowakei eine bewährte Kraft gegen den Dzurinda-Turbo-Kapitalismus sahen.

Anders die Situation 2006. Dzurindas sozialer Kahlschlag, Verhökern slowakischer Leuchttürme an westliches Kapital und innere Demontage der KSS bildeten den gesellschaftspolitischen Rahmen für Fico's erste Regierungsperiode. Vor der Wahl hatte Fico angekündigt, das Rentensystem in wesentlichen Teilen wieder zu verstaatlichen - genau das vollzog Fico nach der Wahl.

Fico war von Beginn an vehementer Gegner der Teilnahme der Slowakei am Irak-Krieg und am militärischen Engagement in Afghanistan. Als Ministerpräsident sorgte Fico für die Rückführung der slowakischen Truppen aus dem Irak und aus Afghanistan. Ebenso beendete Fico das slowakische militärische Mitwirken im Kosovo.

Fico und seine Regierung gehörten und gehören zu jenen wenigen, die die Abspaltung des Kosovo von der Bundesrepublik Serbien als völkerrechtswidrig verurteilen und das NATO-Kunstgebilde Kosovo nicht anerkennen.

Die Regierung Fico verbesserte die Beziehungen zu Rußland, Weißrussland, Serbien und auch zu China und Vietnam.

Fico kündigte vor der Wahl 2006 an, die einheitliche Mehrwertsteuer von 19% auf Lebensmittel zurück zu nehmen - was dann auch erfolgte.

Fico hatte vor der Wahl angekündigt, das Verhökern lukrativer slowakischer Unternehmen vom Verfassungsgericht auf Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Auf dieser Basis erfolgte die Wiederverstaatlichung beispielsweise von Transpetrol und des Flughafens Bratislava und anderer Filetstücke der Wirtschaft.

Fico kündigte vor der vorgezogenen Wahl 2012 die Verstaatlichung der von der Vorgängerregierung privatisierten Gesundheitsversicherung an - nach der Wahl erfüllte er sein Versprechen. Wie selbstverständlich erfüllte die Regierung Fico auch das Versprechen, daß Rentner, Schüler und Studenten den Nahverkehr wieder (wie bis 1998) kostenlos nutzen können, für diese Personengruppe Fernverkehrstickets mit einem Euro je 100 km (!!!) kosten.

Ich möchte die Aufmerksamkeit noch auf eine „slowakische“ Besonderheit lenken: Der „Sozialdemokrat“ Schröder legalisierte seinerzeit die Teilnahme deutscher Banken am internationalen Roulettespiel. Die Regierung Fico hingegen verbot slowakischen Banken und deren Tochterunternehmen die Teilnahme an all jenen Bankenspekulationen, die – es sei daran erinnert – nicht nur zum Zusammenbruch amerikanischer Großstrukturen, wie dem Bankhaus Lehmann Brothers oder dem Versicherungskonzern AIG führten, sondern beispielsweise in der BRD die Bundesregierung veranlasste, ob ihrer Spekulationsverluste wankenden „systemischen Banken“ so mir nichts Dir nichts mehrere hundert Milliarden Euro an Steuergeldern zuzuschustern, anscheinend vollkommen ungerührt von der dadurch exorbitant in die Höhe schnellenden Verschuldung. Als „systemisch“ bezeichnete die Bundesregierung damals im Verlaufe des „Hochkochens“ der Finanzkrise jene Banken, die ob deren Größe und Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik nicht Pleite gehen durften.

Dank der Politik von Ministerpräsident Fico mußte die kleine Slowakei hingegen nicht einen müden Euro zur Bankenrettung aufwenden. Bitte - welche andere europäische Regierung kann dies vorweisen?

Statt ins Wanken geratene Banken zu stützen, konnte Ministerpräsident Fico geschickt die sich durch die EU-Mitgliedschaft ergebenden Möglichkeiten zur Investition in die Infrastruktur nutzen, wobei die EU einen Großteil der finanziellen Mittel beisteuerte. Für jeden sicht- und spürbar sind gewaltige Fortschritte im Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, das Autobahnen- und Schnellstraßen-Netz, aber auch das der

Eisenbahn - bitte: weniger als 5 Stunden Reisezeit von der ukrainischen Grenze im Osten bis nach Bratislava im Westen - sprechen eine deutliche Sprache!

Statt Not leidende Banken zu stützen, konnte Robert Fico mit dem für Bankenrettung nicht benötigten Geld beispielsweise mehr als tausend Multifunktionssportplätze (!) in kleinen Dörfern errichten lassen und ebenso Kulturvereinen Geld zur Pflege reichhaltiger kultureller Traditionen zur Verfügung stellen.

Vorgeschilderte Faktenlage charakterisiert die politische Situation ab 2006 - und, das muß ich hier so anführen - weil: Das verschärfte die politische Situation vor allem jener, die nicht beim Niedergang ihrer Kommunistischen Partei der Slowakei und der Diskreditierung ihrer Ideale zuschauen wollten.

Deren Situation komplizierte sich enorm, denn: All die zuvor geschilderten Maßnahmen der Regierung Fico fanden in der „einfachen Bevölkerung“ ungeteilte Zustimmung. Ich denke, das nachzuvollziehen fällt nicht schwer.

Ebenso unschwer fiel die Wahrnehmung, daß sich in dem Maße, wie Ministerpräsident Fico an die Umsetzung seiner Wahlversprechen ging, die komplett in westeuropäischen/US-amerikanischen Händen befindliche slowakische Medienwelt auf den neuen Feind Fico einschoss - in bewährter Manier mit „Ausblenden“, „Skandalisieren“, „Fälschungen“ usw. - kurz, das gesamte Repertoire an Manipulation nutzend. Dabei spielte auch die sozialdemokratische Fraktion des Europäischen Parlamentes unter dem Parlamentspräsidenten Schulz mit dem zeitweiligen Ausschluss der Partei Fico's SMER ihren Part!

Auch unter so manchem ehemaligen oder noch-Mitglied der KSS verbreitete sich der Eindruck, es sei besser, sich für Fico zu engagieren, schließlich mache der ja gute Politik für die kleinen Leute.

Hier traten die Folgen des jahrelangen Fehlens ideologischer Arbeit, des jahrelangen Fehlens politischer Bildung auf der Basis von Marx, Engels und Lenin überdeutlich zu Tage.

Nicht wenige jener Kader, die bis 1989 in der sozialistischen Regierung der ČSSR verantwortliche Positionen ausgeübt hatten, wollten - resigniert - nicht mehr am politischen Leben teilhaben oder setzten auf Einzelauftritte bei diversen politischen Klubs und Organisationen, wie zum Beispiel bei den Freidenkern. Die Vermittlung von Klassenpositionen spielte dabei eher weniger eine Rolle, dafür öfter die Möglichkeit der Selbstdarstellung und Pflege der Eitelkeit ... schließlich waren es ja vordem quasi ständig um ihre Meinung gefragte Persönlichkeiten ...

Im Bemühen um organisatorische Sammlung von Marxisten / Leninisten gründete der schon erwähnte Professor Ivan Hopta 2005 eine neue linke Partei mit Namen „Úsvit“.

Weiterhin initiierte er - auch mit zugehöriger Internetseite - die Marxismus-Leninismus verbreitende Monatspublikation „Avantgarda“.

Die Partei „Úsvit“ erreichte außerhalb des Wohnortes von Ivan Hopta, dem ostslowakischen Humenné, kaum Aufmerksamkeit, geschweige denn eine bedeutende Mitgliederzahl oder gar erwähnenswerte politische Wirkung. Vielmehr war sie ein weiterer Baustein mehr, linke Kräfte und deren Ressourcen zu zersplittern!

Leider - so nicht nur meine Wahrnehmung - erlag der wirklich kluge Mann den Schmeicheleien ideologisch sehr zweifelhafter Mitmenschen, die unter Beibehaltung marxistisch klingender Überschriften und samt Symbolik mittlerweile ganz offen herausragende Persönlichkeiten der kommunistischen und Arbeiterbewegung diffamieren. Zwischenzeitlich unverkennbar war dann die Nähe von „Úsvit“ und „Avantgarda“ zur MLPD - heute aufgegangen in die Partei „VZDOR - Partei der Arbeit“.

Nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland fiel und fällt antikapitalistisch/sozialistisch/kommunistisch Orientierten die Erkenntnis schwer, daß die Aufgabe der Stunde weder im Neugründen weiterer, die Linken nur noch mehr zersplittern der Parteistrukturen bestehen kann, noch im Schielen auf Geld von der „Europäischen Linken“. Niemand aus den Machtapparaten des Kapitals gibt Geld für „nix“. Gefährlich ist das Schielen nach Geld von „auswärts“ für eine gezielte ideologische Arbeit, weil immer die Gefahr besteht, daß es zum Schluss heißt: Wes Brot ich ess', des Lied ich sing! Ein Blick auf das zwischenzeitlich erfolgte Umwandeln des „Úsvit“ von einer ehemals fest vom Fundament des Marxismus-Leninismus aus agierender kommunistischen Kampfzeitschrift zum slowakischen Sprachrohr der MLPD und darüber zur Auflösung spricht traurige Bände!

Nicht unähnlich zu gewissen Bemühungen innerhalb der PDS/PDL in der Bundesrepublik erwies sich das Bemühen mancher slowakischer Kommunisten, ihre KSS quasi von innen heraus wieder auf Kampfposition zu bringen. Nicht minder schwer fiel den slowakischen Genossen die Erkenntnis, daß hektischer Aktionalismus, wie vor allem im Raum Bratislava als Reaktion mancher auf den Zerfall der Kommunistischen Partei zu verzeichnen, nur sinnlosen Kräfteverschleiß bedeutet, ohne reale Chance auf positive Wirkungen.

In Anlehnung an Genossen Lenin stand die akute Frage: WAS TUN?

Nun, schon mehr als eine Generation Jahre verfügte der Klassenfeind über die quasi-alleinige Hoheit über die Sprache auch in der Slowakei. Jedem halbwegs gebildeten Mitbürger erschließt sich der Zusammenhang zwischen Sprache, Denken und Handeln. Das heißt aber: Wer die Sprache beherrscht, hat direkten Einfluss auf das Denken und zielt darüber auf das Handeln der Menschen - ganz egal, ob in Deutschland oder der Slowakei. Nach meinem Wissen organisiert mit Ausnahme der belgischen,

griechischen polnischen und portugiesischen Kommunisten heute keine der sich selbst „links“ einordnenden Parteien regelmäßige marxistisch-leninistische politische Bildung für alle ihre Mitglieder. Der Klassenkampf gebietet uns zu fragen: Warum wohl?

Also - WAS TUN?

Mir gut bekannte Kommunisten aus verschiedenen Regionen der Slowakei schlossen sich meiner Einschätzung an, daß wir der Sprach- und Argumentationsdominanz der Medien des Kapitals und dem damit einhergehenden „Vakuum“ in der antikapitalistischen ideologischen Basisarbeit nur mit einem ideologischer Neuanfang im Kampf um die Köpfe der Menschen entgegenwirken können, sprich: Wir müssen eine Struktur entwickeln und umsetzen, mit deren Hilfe wir kontinuierliche gesellschaftswissenschaftliche Bildung auf der Grundlage und in der Sprache des Marxismus-Leninismus realisieren können.

Im Mai 2013 wurde der Verein zur Verbreitung gesellschaftswissenschaftlicher Bildung mit Namen „Červená líška“ gegründet. Der Verein publiziert - auch wegen bescheidener finanzieller Mittel - seine Positionen über das Internetportal [www.cervenaliska.sk](http://www.cervenaliska.sk), enthaltend natürlich einen Hauptartikel zu Grundsatzfragen und ein ABC für Marxisten und Anfänger.

Nicht nur ob der sparsamen Ressourcen: Ein aktuelles Kommentieren von Tagesereignissen ist nicht geplant, dafür aber die Veröffentlichung von Leserbriefen sowie von fundierten Beiträgen erprobter Genossen zum Klassenkampf.

Hier nun ein kleiner Überblick unseres bisherigen bescheidenen Wirkens

Im Mai 2013, zum Zeitpunkt der amtlichen Registrierung unseres „Červená líška“, zählten wir insgesamt fünf Genossen, heute sind es slowakeiweit 43 - mit Altersdurchschnitt von 46,5 Jahren. Das belegt, daß unser Bildungsangebot keineswegs nur inzwischen ideologisch in Diaspora befindliche „Altkader“ der früher ruhmreichen KSS anspricht und einbindet, sondern auch Mitbürger deutlich unter 40 zu uns gestoßen sind. Förderlich hierbei ist das Wirken eines Vorstandsmitgliedes in einer Regionalstruktur des slowakischen Verbandes der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Hier nutzen wir die organisatorischen Vorteile für das Bekanntmachen unseres kleinen Vereins.

Zur Organisation der Bildungsarbeit:

Aufgrund der territorialen Zerstreutheit (Nitra - Vorsitzender, 100 Kilometer und mehr entfernt die stellvertretenden Vorsitzenden) nutzen die Vorstandsmitglieder das Internet als Arbeitsplattform. In aller Regel täglich, mindestens jedoch zweimal die Woche informieren sich die Vorstandsmitglieder über alle durch das reale Leben

gestellten Fragen und treffen gegebenenfalls notwendige Entscheidungen. Wirklich gut bewährt hat sich das Abstimmen zur Bewertung aktueller Erscheinungen des politischen Lebens in der Slowakei / in Europa / in der Welt. Auf diese Weise koordiniert der Vorstand sein Wirken und das Auftreten seiner Mitglieder immer mit einheitlicher Position. Zudem beugt das möglicherweise gut gemeinten, potenziell aber für unsere Außendarstellung oder die ideologische Klarheit unserer Positionen schädlichen Einzelaktionen vor.

Wegen der schon angesprochenen territorialen Zerstreutheit der Vereinsmitglieder, auch der geographischen Struktur, bewegt sich die Größe der Selbst-Studiengruppen zwischen zwei und vier Mitglieder. Aus der Herkunft der Gründungsmitglieder und deren Wirken in der Öffentlichkeit ergab sich in der ersten Zeit eine „Mitglieder-Ballung“ in den Räumen Nitra und Zvolen. Inzwischen sind Mitglieder aus nordslowakischen und ostslowakischen Orten / Städten wie auch aus Bratislava hinzugestoßen. Weiße Flecken verzeichnet der Bildungsverein noch in Regionen, in denen die ungarische Sprache dominiert (entlang der slowakisch-ungarischen Grenze).

Der Mitgliederzuwachs änderte nur wenig an der territorialen Zerstreutheit mit oftmals nicht geringen Entfernungen zwischen den einzelnen Mitgliedern. Für diese Situation hat sich, so schätzte es der Vorstand ein, zumindest im ersten und im zweiten Studienjahr des organisierten des Marxismus-Leninismus-Selbststudiums bewährt.

Grundlage ist die auf der Vereins- Internetseite (<http://www.cervena-liska.sk>) hinterlegte Bibliothek des ML. Das sichert die gleiche Quellenlage für alle Studierende, ebenso gleich ist der der für das erste und das sich anschließende zweite Studienjahr erarbeitete Selbststudienplan. Das eröffnete im Laufe der Zeit Hinzustoßenden die Möglichkeit, sich individuell inhaltlich einzuarbeiten und sich dann (in aller Regel monatlich zweimal) in der in regionaler Nähe organisierten Selbststudiengruppe über das Erarbeitete auszutauschen.

Für das erste Studienjahr stellte der Vorstand die Aufgabe, Lenins „Staat und Revolution“ durchzuarbeiten und dabei Lenins Denken den Mitgliedern unter den Bedingungen der zwischenzeitlichen Niederlage im Klassenkampf nahe zu bringen.

Mit einigem Stolz durfte der Vorstand konstatieren: das konsequente Abarbeiten des Studienplanes, das Konzentrieren auf die Leninsche Sprache, die Leninsche Art des Denkens bewirkte bei den allermeisten Mitgliedern zu wirklichem Substanzgewinn, nicht zuletzt, weil auch die Studierenden heute für sich selbst feststellen, daß sie die Ereignisse in der Welt immer mehr aus der Position der Arbeiterklasse und immer weniger aus „geopolitischer“ Betrachtungsweise wahrnehmen und bewerten.

Kurz zur Art und Weise, wie läuft das praktisch ab: Laut Studienplan begann das Selbststudium mit Abschnitt „1. Der Staat - ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassegegensätze“.

Damit die anfangs sehr wenigen Teilnehmern die Sprache Lenins frei von der heutige allgemein üblichen Sprache der Massenmanipulation verstehen lernten, stellten wir ihnen ein kleines marxistisches Wörterbuch zur Verfügung (ähnlich dem Älteren in der früheren DDR bekannten Volksfremdwörterbuch oder auch „Liebknecht“). In Berücksichtigung dieses Umstandes verwendeten wir wirklich viel Zeit für den Einstieg der Kursteilnehmer, schließlich ist die Sprache Lenins die Sprache der Arbeiterklasse, mit der die allermeisten Teilnehmer entweder vor mehr als 20 Jahren das letzte Mal oder noch gar nicht „in Berührung“ gekommen waren. Die „Fortschritts“-Geschwindigkeit in den ersten Abschnitten des Selbststudiums bewegte sich im ein- oder zwei-Seiten-Umfang. Dabei nutzten die Selbststudiums-Teilnehmer die Möglichkeit, via Internetseite ([www.cervena-liska.sk](http://www.cervena-liska.sk)) und dort gegebenem Mail-Link, Fragen zu stellen und natürlich auch Antworten zu erhalten.

Dazu einige Anmerkungen zur Resonanz / zum Feedback unseres Internetauftritts.

Anfangs freute sich der Vorstand über die gezählten „Klicks“ und deren stetige Zunahme. Mittlerweile bewertet aber der Vorstand die eingehenden Mails als wichtigeren Gradmesser für die Verbesserung der Bildungsarbeit und deren Organisation. Die Mails vermitteln ein aktives „feed back“ zur Themenauswahl und der Gestaltung der Bildungsarbeit, natürlich bringen die Mailreaktionen auch wichtige Anregungen für die Verbesserung der Bildungsarbeit. Der Vorstand misst diesem Teil der Kommunikation mit den Mitgliedern und Studienteilnehmern hohe Wertschätzung bei. Die Anzahl eingehender Mails pendelt aber stark - auch in Abhängigkeit von solchen Faktoren, wie neuer Leitartikel oder herausragende Ereignisse, wie Tag der Befreiung usw. Der wöchentliche Maileingang schwankt zwischen 20 in schwachen und mehr als 100 in ereignisreichen Tagen. Erstaunlich gering ist die Anzahl von Schmähmails (nur 12 im Jahr 2014, 15 im Jahre 2015).

Noch eine Bemerkung zur territorialen Verteilung der Internetreaktionen: die meisten Mails, inhaltlich mit kritischer Zustimmung sowie Vorschlägen für die Themenwahl unseres Leitartikels, gehen dem Vereinsvorstand aus der Region Humenné zu. In dieser Region ist der frühere KSS-Parlamentsabgeordnete Prof. Ivan Hopta zu Hause. Die wenigsten Mails gehen aus Bratislava ein, ansonsten entspricht die Mail-Resonanz auch der territorialen „Präsenz“ des Bildungsvereins „Červená líška“.

Nicht zuletzt die Mailresonanz vermittelte dem Vorstand relativ schnell positive Rückmeldung, daß sich die gewählte, recht bedächtige und auf „Errichtung eines soliden Fundamentes“ zielende Vorgehensweise in der Organisation unserer Bil-

dungsarbeit nicht nur positiv auf das Verstehen von Lenins Aussagen auswirkte, sondern mehr noch, den Studierenden zunehmend dazu verhalf und verhilft, die Unterschiede in der Sprache als Ausdruck des Klassenkampfes zu begreifen! Ebenso positiv wirkte sich die organisatorische Festlegung aus, daß die Studierenden einer „territorialen Einheit“ in aller Regel zweimal im Monat zusammen kommen und sich zunächst über das gerade Studierte austauschen. Dabei bildeten die im Lesen, Studieren und Durchdenken der Leninschen Zeilen / Sätze / Abschnitte gewonnenen Erkenntnisse Grundlage für eigene Widerspiegelungen wie auch für - ganz natürliches - „Einbeziehen“ aktueller politischer Erscheinungen und Geschehnisse.

Heute stellt der Vorstand des Bildungsvereins mit einiger Genugtuung fest: Die zu Beginn der Bildungstätigkeit in mehreren Vorstandsberatungen erarbeiteten Entscheidungen zur Herangehensweise beim Organisieren der Bildungsarbeit zeigen erste und durchweg erfreuliche Ergebnisse. Bei unseren Mitgliedern ist nicht nur signifikanter Wissenszuwachs zu konstatieren, sondern auch deren zunehmende Fähigkeit zum offensiven klassenmäßigen Herangehen im Alltag - und daraus resultierend ein spürbar wachsendes Engagement in der Öffentlichkeit.

Interessant und vor allen auch in Tschechien nachgefragt waren Beiträge auf der „ersten“, der Hauptseite von [www.cervena-liska.sk](http://www.cervena-liska.sk), wie „Sozialismus - eine Sünde?“. Mit solcher oder der simpel klingenden Fragestellung „Was geschieht, wird ein Mensch geboren? Wird er ein ‚Linker‘? Wird er ein ‚Rechter‘?“ demonstrieren die Autoren für die Webseite des Bildungsvereins dialektische Herangehensweise auch an „Alltagsthemen“, sie arbeiten die Stellung des Individuums zum Eigentum an Produktionsmitteln als Grundfrage im Klassenkampf heraus und vermitteln die dialektische Herangehensweise als Methode.

Zugleich demonstriert der Bildungsverein konsequentes Front-machen gegen die in „linken Kreisen“ scheinbar allüberall grassierende „Mode“, sich selbst als „linksorientierter Mitbürger“ mit geopolitischem Betrachtungswinkel zu deklarieren. Klar zeigen die Internet-Beiträge des Bildungsvereins auf, wer da in wessen Geist, wer da wessen Klassenposition einnimmt und verbreiten will. Ideologisch zieht der Bildungsverein scharfe Kante gegen Opportunismus und Versöhnertum, denn ideologische Klarheit steht für uns eindeutig über zahlenmäßigem Zuwachs.

Nun etwas zu den Aktivitäten des Bildungsvereins „Červená líška“ in der slowakischen Öffentlichkeit:

Gemäß Beschluss trat der Bildungsverein im August 2014 zum alljährlichen Treffen der Generationen im 900 m hoch gelegenen Kalište das erste Mal vor einer breiteren Öffentlichkeit auf. Das Treffen der Generationen ist eine Gedenkveranstaltung zu Ehren der am 18.3.1945 von deutschen Faschisten ermordeten Einwohner des die

Partisanen im antifaschistischen Widerstand aktiv unterstützenden Bergdorfes. Obwohl im Gegensatz zu den Vorjahren weniger freundliches Wetter herrschte, nahmen wieder weit über 6 000 Slowaken aller (wirklich aller) Altersgruppen daran teil. Die mit pressemäßig Null-Echo, dafür unter den Teilnehmern mit außerordentlichem Respekt und viel Beifall aufgenommene Gedenkrede von Ministerpräsident Fico erinnerte nicht nur an das Wüten faschistischer Horden in der Slowakei (darin schloss er - wie schon im Vorjahr - auch die slowakischen Faschisten mit ein!), er stellte den Zusammenhang zwischen Kalište und dem slowakischen Nationalaufstand her und unterschlug auch nicht die führende Rolle der Kommunisten im antifaschistischen Widerstand (davon war bei seinem schwachen Auftritt in Bratislava am 4.4.2015 keine Rede mehr).

Der Bildungsverein „Červená líška“ hatte einen wirklich gut besuchten Informationsstand aufgebaut und - ob des vorausgesagt feuchten Wetters - alle zur Auslage gebrachten Veröffentlichungen laminiert. Herausragende Beachtung fand der zum Treffen der Generationen veröffentlichte „Aufruf für den Frieden“, der von Interessenten mehrere hundert Mal nachgefragt worden war. In zahlreichen Gesprächen kam nicht nur Interesse an der Arbeit des Bildungsvereins zum Ausdruck, auch Zustimmung und die Feststellung: endlich gäbe es jemand, der sich wieder der kontinuierlichen Verbreitung marxistisch-leninistischen Grundwissens widme; so gab es viele Nachfragen, wo man sich denn näher über uns informieren könne. Im Nachgang zu Kalište verzeichnete die Internetseite des Vereins einen deutlichen Aufmerksamkeitszuwachs (bislang höchste Mailanzahl mit mehr als 190 in einer Woche!). Nicht eine kritische Stimme (!) merkte diesen oder jenen Mangel an der optisch und formal gewiss viele Verbesserungsmöglichkeiten bietenden Bildungsarbeit an - das mag darauf zurückzuführen sein, daß jene, die den gewiß beschwerlichen Weg da hinauf unternehmen, ganz bewußt mit antifaschistischer Grundstruktur „ausgestattet“ sind und demzufolge der „Aufruf für den Frieden“, die hörbare Mahnung vor der sich in der unmittelbaren Nachbarschaft zur Slowakei verschärfenden weltpolitischen Situation kaum attackieren wollten.

Der „Aufruf für den Frieden“ des Bildungsvereins „Červená líška“ wurde gerade am Vorabend der Feierlichkeiten zum 70sten Jahrestag des slowakischen Nationalaufstandes in vielen Grund- und Regionaleinheiten des slowakischen Verbandes der antifaschistischen Widerstandskämpfer und auch in anderen gesellschaftlichen Gruppierungen der Slowakei mit antifaschistischem Charakter positiv aufgenommen. Der „Aufruf für den Frieden“ fand Eingang in eigene, analoge Aufrufe für den Frieden oder wurde mit Beschluss der Mitgliederversammlung vollinhaltlich übernommen. Dank dieser positiven Resonanz fand der „Aufruf für den Frieden“ auch Eingang in die Gründung der „Charta 2015 - für den Frieden“, die - wie im „Aufruf für den Frieden“ aufgeführt - Menschen unterschiedlichster Weltanschauung, Atheisten wie

Gläubige zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen für den bedrohten Frieden führen will. Ein erster Höhepunkt dieser Arbeit war 4.4.2015 die „Manifestation für Frieden, gegen Militarismus, Faschismus und Krieg“ im Zusammenhang mit der Gedenkveranstaltung anlässlich des 70sten Jahrestages der Befreiung Bratislavas vom Faschismus durch die ruhmreiche Rote Armee auf dem Bratislavaer Slavín, an der auch der Außenminister der Russischen Föderation, Sergej Lavrov teilnahm.

Zur jüngsten politischen Realität der Slowakei gehört (leider) auch: Die Führung der KSS schloss sich NICHT dem Aufruf der „Charta 2015 - für den Frieden“ für eine machtvolle Manifestation für den Frieden am 1. Mai 2015 in Bratislava an (oder stellte sich gar an die Spitze dieses Aufrufs, zumal der Kommunist Karel Janča [Košice] die Bewegung „Charta 2015 - für den Frieden“ klug führt). Stattdessen rief die KSS-Führung zum 1. Mai zu einer eigenen, zu einer „Konkurrenz“-Kundgebung auf. Ein übler Witz, könnte man meinen, hat sich doch beispielsweise die vom früheren KDH-(~ CDU)-Vorsitzenden Čarnogursky geführte „Gesellschaft für slowakisch-russische Freundschaft“ sofort dem Aufruf von „Charta 2015 - für den Frieden“ angeschlossen. Die - höflich formuliert - sehr eigenwillige Positionierung der Führung der KSS zum 1. Mai 2015 ist für den Vorstand und die Mitglieder des Bildungsvereins „Červená liška“ ebenso unverständlich, wie Anfang 2014 bei den Wahlen zum Landeshauptmann in der Region Banská Bystrica die von der KSS in einer Stichwahlsituation expressis verbis verbreitete Empfehlung, den Gegenkandidaten zum Faschisten Kotleba, einen allgemein wohl beleumundeten Sozialdemokraten NICHT zu wählen ... mit der Schande für die Slowakei, daß im Herzen des Slowakischen Nationalaufstandes der offen bekennende Faschist Kotleba die Regionalgeschäfte führt und während der Festveranstaltung zum 70sten Jahrestag des SNP von überaus zahlreichen Sicherheitsleuten unbehelligt ein T-Shirt mit dem Konterfei des Klerikalfaschisten Jozef Tiso auf der Brust und der Aufschrift „SNP = jüdisch-bolschewistischer Putsch“ auf dem Rücken umherlaufen konnte (SNP = Abkürzung für Slowakischer Nationalaufstand).

Abschlussbemerkungen zum Bildungsverein „Červená liška“

Seit seiner Gründung hat sich der Bildungsverein „Červená liška“ ganz langsam in ersten Gehversuchen auf dem politischen Parkett der Slowakei geübt. Als Bildungsverein konzentriert er sich satzungsgemäß auf die Vermittlung der Grundlagen, wirklichen Grundwissens des Marxismus-Leninismus unter den gegebenen Bedingungen. Erfreut konstatiert der Vorstand rege Wortmeldungen und das Bemühen mancher, als Autor für den Bildungsverein aktiv zu werden - unter der Bedingung: ideologische Klarheit hat absoluten Vorrang vor „Massenwirksamkeit“. Ganz wie es im bereits angeführten „Aufruf für den Frieden“ heißt, steht der Bildungsverein „Červená liška“ in der Frage Krieg und Frieden fest an der Seite aller, die sich gegen Militarismus,

Faschismus und Krieg engagieren. Selbstverständlich ist dafür die Zusammenarbeit mit allen kapitalismuskritischen und friedliebenden Menschen, wo immer es möglich und sinnvoll ist, ohne dabei den Charakter als marxistischer Bildungsverein in Frage zu stellen.

Selbstverständlich nahm der Vorstand des „Červená líška“ im August 2014 an den Feierlichkeiten zum 70sten Jahrestag des SNP in Banská Bystrica teil.

Dank der anerkannt antifaschistischen Grundpositionen konnten Mitglieder des Vorstandes des Bildungsvereins Gruppen des slowakischen Verbandes der antifaschistischen Widerstandskämpfer bei deren Besuchen der Konzentrationslager Auschwitz (2013) und Theresienstadt (2014) durch die Gedenkstätten führen und so dem Trend der Umdeutung dieser Mahnmale gegen Faschismus entgegenwirken.

In Bildungsfragen arbeitet der Vorstand des Bildungsvereins „Červená líška“ eng mit Genossen des tschechischen „Klubs der tschechoslowakischen Grenzer“ in Nordböhmen zusammen, so bei der gemeinsamen Abwehr der erschreckend um sich greifenden Neuinterpretation historischer Ereignisse und Zusammenhänge.

Alles in allem gilt es, eine erstaunliche Entwicklung des Bildungsvereines „Červená líška“ konstatieren. Konsequenterweise organisiert der Verein kontinuierliche Bildungsangebote und nimmt mit klarem Klassenstandpunkt auch Stellung zur politischen Realität der Slowakei, ohne deshalb Bekläffer des kapitalistischen Alltags zu sein. Die Internet-Hauptseite auf <http://www.cervena-liska.sk/> gibt mit dem „Thema des Monats“ eine klare klassenmäßige Orientierung als Basis für den Klärungsprozess politischer Grundfragen auf dem Wege zur Klassenposition. Will sich ein Autor dieser eindeutigen Klassenposition nicht zuordnen, verzichtet der Vorstand auf dessen Mitwirkung, ungeachtet möglicher Reputation dieser Person oder Brillanz seiner Formulierungskunst. Einerseits klare, ja scharfe Unterscheidung zum Trend der „links-orientierten“ (aber klassenindifferenten) Mitbürger, andererseits jedem die Hand reichend, der sich für die Erhaltung des Friedens einsetzt. Das bildet den Rahmen für die mit Optimismus geführte Bildungsarbeit in den kommenden Jahren. Je erfolgreicher die Bildungsarbeit zum Tragen kommt, desto leichter wird der Bildungsverein neue Mitglieder und Studenten gewinnen.

Abschließend ziemlich trocken einige Anmerkungen zu den jüngsten Wahlen zum slowakischen Parlament am 5. März 2016.

Mehr als 25 Jahre schier allumfassende Manipulation hinterließ und hinterlässt auch bei den Slowaken überdeutlich wahrnehmbare, ja erschreckende Spuren. Das spiegeln die Ergebnisse besagter Parlamentswahlen wider, an denen weniger als 2/3 der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht wahrnahmen (59,82%).

Nur die Einwirkung massivster Medien-Manipulation erklärt, wieso eine Regierungspartei, die im sozialen wie wirtschaftspolitischen Bereich alle Wahlversprechungen eingehalten und die Lage der „einfachen Menschen“, sprich, der Masse der Wähler spürbar verbessert hat, von den „Wählern“ mit Halbierung des Stimmenanteils bedacht wurde. Folgte man Meinungsumfragen, so betrug noch Ende 2015 der Zustimmungsgangrad der Bevölkerung zur Politik der in der vergangenen Wahlperiode mit absoluter Mehrheit regierenden Regierung Fico mehr als 65%.

Das aktuelle Wahlergebnis von 28,28% (= 49 Mandate) zeugt vom unglaublichen Maß an „Gehirnwäsche“. Herr Fico galt mit seiner Anti-Nato-Position, seiner offenen Kritik an der Rußlandpolitik von Nato und EU, seiner aufrichtigen antifaschistischen Grundposition der US-Regierung, den Eurokraten in Brüssel und nicht zuletzt den deutschen „Gestaltern“ europäischer Politik als Dorn im Auge - und muss weg, so schallten die Signale aus der Bratislavaer US-Botschaft, nicht minder aktiv aus Brüssel und der bundesdeutschen Politik (in deutschen Medien allerdings wie so oft „ausgeblendet“).

Einzug ins Parlament hielt neben der sich „gemäßigt“ auf ihr Idol Tiso beziehende SNS (Slovenská národná strana - Slowakische Nationalpartei) mit 8,64% (= 15 Mandate) auch die aggressiv Tiso verehrende und offen faschistische Partei des Landeshauptmannes Kotleba aus Banská Bystrica, „Kotleba - Ludová strana Naše Slovensko“ (Kotleba - Volkspartei Unsere Slowakei) mit 8,04% (= 14 Mandate). Zwei offen den Faschisten Tiso verehrende Parteien hielten Einzug in ein Parlament der Europäischen Union ... und niemand scheint sich daran zu stören ...

Das jüngste Wahlergebnis läßt eine Analogie zur Wahl 1998 befürchten, als damals „der Westen“ zum Abdrängen eines in der „westlichen Wertegemeinschaft“ unbeliebten Wahlsiegers eine „Koalition der Willfähigen“ schmiedete. Genügend Willige mit Drang an die Fleischtöpfe des Parlamentes stehen bereit, möglicherweise unter „Führung“ des in diversen bundesdeutschen Talkshows schon öfter mit „europakritischen Worten“ bekannt gemachten Richard Sulik, dessen bislang als Opposition im Parlament vertretene Partei „SAS“ (Sloboda a Solidarita - Freiheit und Solidarität) 12,1% (= 21 Mandate) erhalten hatte.

Ebenso Einzug ins Parlament hielt die zweitgrößte Oppositionspartei „OBYČAJNÍ ĽUDIA a nezávislé osobnosti (OĽANO - NOVA)“, deutsch „einfache Menschen und unabhängige Persönlichkeiten mit 11,01% (= 19 Mandate).

Die größere der beiden Parteien, die vorgibt, die Interessen der ungarischsprachigen Minderheit wahrzunehmen, „MOST – HÍD“ (Brücke), erhielt 6,5% (= 11 Mandate). Ebenso 11 Mandate / 6,62 % erhielt eine der zahlreichen, recht kurz vor den diesjährigen Parlamentswahlen ins Leben gerufenen Parteineugründungen mit Namen „SME

RODINA - Boris Kollár“ (Wir sind die Familie - Boris Kollár). Die Partei „SIEŤ“ hielt mit 5,6% (= 10 Mandate) Einzug ins Parlament.

Übrigens - die aus Úsvit / Avantgarda (siehe „oben“) hervorgegangene pseudokommunistische „VZDOR - Partei der Arbeit“ durfte 0.12% der abgegebenen Stimmen auf sich „verbuchen“.

Sollte sich warum auch immer keine „Koalition der Willfähigen“ gegen Fico’s SMER zusammenfinden, dürfte es - so verlautete es schon aus der Verwaltung des in Sachen Nato und Rußlandpolitik der US-Botschaft sehr zugetanen Präsidenten Herrn Kiska - recht schnell zu erneuten Parlamentswahlen kommen. Wie heißt es so schön (nichtssagend): Nach der Wahl ist vor der Wahl ... als ob sich durch Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten etwas an den Eigentumsverhältnissen ändern würde!

An Stelle dieses vom Klassegegner ganz bewusst verbreiteten Irrglaubens setzt der Bildungsverein „Červená liška“ mit seiner Bildungsarbeit Wissen zur Klassen- und Eigentumsfrage. Das ist ein langer, ein steiniger Weg - helfen wir uns gegenseitig dabei! Denn ohne theoretisches Fundament wird es keinen erfolgreichen Klassenkampf und keine Überwindung der Macht- und Eigentumsverhältnisse geben. In der kleinen Slowakei hat der noch junge Bildungsverein „Červená liška“ mit seinem Bildungsangebot begonnen, seinen Beitrag zur politischen Bildung leisten - Voraussetzung für die Herausbildung einer neuen Avantgarde.

Den Lesern dieses Beitrages danke ich für die Aufmerksamkeit und wünsche für die Lösung der bevorstehenden Aufgaben viel Kraft untereinander, soliden Optimismus und eine Prise Humor, um dem unausweichlichen Widersinn des Alltags gegebenenfalls mit einem Lächeln begegnen zu können.

Vergessen wir niemals: Solidarität gehört zu unseren stärksten Waffen!

MOR HO!<sup>20</sup>

Jozef Výrostek – Bratislava

---

<sup>20</sup> MOR HO“ – Schlagt sie! Gruß der slowakischen Partisanen im zweiten Weltkrieg

## Nordkorea

### ***Brigitte Queck: Einseitiges Herangehen an die Nuklearfrage Nordkoreas***

Die bürgerlichen Politiker und Medien weltweit verurteilten scharf sowohl das Zünden einer Wasserstoffbombe, als auch dem kürzlichen Test einer Langstreckenrakete von Seiten Nordkoreas.

Beides wurde auch im UNO-Sicherheitsrat scharf verurteilt und als deutlicher Verstoß gegen entsprechende UNO-Resolutionen gebrandmarkt.

Auf eine Reaktion darauf konnte sich das Gremium aber bislang nicht verständigen, da die Vetomacht China harte Strafmaßnahmen gegen Nordkorea blockierte, sicher auch eingedenk der Tatsache, dass man kein doppelzüngiges Herangehen der Weltorganisation in dieser Frage akzeptieren konnte.

Seit Jahrzehnten nämlich verstärken die US/NATO die Kriegsgefahr auf der koreanischen Halbinsel und boykottieren den Vorschlag Nordkoreas, die Koreanische Halbinsel atomwaffenfrei zu machen.

Folgendes muss bei der Nuklearfrage Nordkoreas berücksichtigt werden:

1. Seit dem Koreakrieg stationieren die USA ihre Streitkräfte in Südkorea und deklarieren diese sogar als UNO-Truppen. Der UNO-Sicherheitsrat hat bereits in einem offiziellen Dokument S/2004/592 diese Bezeichnung verurteilt, da die UNO während des Koreakrieges weder durch Truppen, noch durch finanzielle Hilfen involviert gewesen ist, noch das Oberkommando gehabt hatte.
2. Die KDVR ist seit dem 11. Januar 2003 aus dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen ausgetreten, weil die USA in Südkorea seit vielen Jahren Atomwaffen lagert und Nordkorea sich dadurch bedroht fühlen muss.
3. Die USA/NATO drohen seit ihrer neuen NATO-Strategie im Jahre 2000 entgegen dem Nichtweiterverbreitungsvertrag von Kernwaffen offen auch nicht Kernwaffen besitzenden Staaten gegebenenfalls mit atomaren Präventivschlägen.
4. Während die USA über eine „Reduzierung von Nuklearwaffen“ reden, sind sie dabei, ihre Nukleartests zu modernisieren, ihre Nuklearbestände zu vergrößern und ihre Strategie der „nuklearen Präemptivschläge“ gegen ihnen unliebsame Staaten wie Jugoslawien, dem Irak, Afghanistan, Libyen u. a. Staaten zu realisieren.

5. Die USA fordern mit ihren Aggressionskriegen die nicht Kernwaffen besitzenden Staaten aus Angst vor atomaren Präventivschlägen förmlich heraus, den Nichtweiterverbreitungsvertrag von Kernwaffen zu umgehen.

6. Das südkoreanische Taedok-Forschungsgebiet gilt in Insiderkreisen als eines der Hauptgebiete für die Entwicklung von Kernwaffen weltweit, was in Berichten westlicher Länder über Korea ausgeklammert wird.

7. Die 6-seitigen Gespräche über die Nuklearfrage Nordkoreas wurden nicht durch das Verschulden der nordkoreanischen Seite unterbrochen, sondern die USA haben getroffene Vereinbarungen während dieser 6-sitigen Gespräche gebrochen.

8. Die USA reihen Nordkorea in die Länder ein, die es zu bekämpfen gilt. Aus diesem Grunde rüsten die USA Südkorea ständig mit den modernsten auch Nuklearwaffen aus und machen zusammen mit ihren Verbündeten Südkorea und Japan Kriegsübungen vor den Küsten der KVDR. Weiterhin behindern die USA den Handel Nordkoreas mit anderen Ländern und würdigen Nordkorea in aller Welt herab, indem sie verkünden, es würde den Weltfrieden bedrohen.

9. Da die USA die KDVR nach wie vor zur „Achse des Bösen“ zählen und ihre Aktionen gegen diese Länder mit dem Angriff auf den Irak eingeleitet hatten, sieht sich selbstverständlich auch Nordkorea im Visier.

Deshalb unterstrich die Regierung der KVDR, dass sie, um ihre Bevölkerung zu schützen und zu verteidigen, ihre militärischen Fähigkeiten nicht als Mittel zum Krieg, sondern als Abschreckungskraft zur Verhinderung eines Krieges betrachtet.

Das sieht im Übrigen auch der US-amerikanische Wissenschaftler Bruce Cummings von der Chicago-Universität so. Er meinte, es komme nicht so sehr auf einen Atomwaffenbesitz Nordkoreas an, sondern auf die tatsächliche Bedrohung Nordkoreas durch die USA.

9. Russland und China, die mit der KVDR einen militärischen Beistandsvertrag haben, sind durchaus nicht der Meinung der USA, so, wie es in der Presse dargestellt wird, dass die KVDR ihr Nuklearprogramm einstellen müsse, solange die USA/NATO Südkorea aus dieser Betrachtung ausklammern.

**10. Nordkorea plädiert seit Jahren in UNO-Gremien dafür, die ganze koreanische Halbinsel atomwaffenfrei zu machen !!**

11. Der beidseitige Wunsch des nord- und südkoreanischen Volkes nach einer unabhängigen Wiedervereinigung des Landes, niedergelegt in der Gemeinsamen Deklaration vom 15. Januar 2000 und der Wunsch nach Abzug der amerikanischen Truppen aus Südkorea wird von den USA aus strategischen Gründen abgelehnt.

## Erfahrungen in und mit der DKP

### ***Miclas Lacorn: Zur Arbeit der DKP und ihrer Schiedskommission in der Praxis***

“**Womit beginnen?**“ Diese Frage möchte ich meinen Ausführungen voranstellen, da es wirklich nicht leicht ist, einen Anfang für die folgenden Schilderungen zu finden und diese Frage oft von einem Genossen an sich selbst gestellt wird, wenn er seine Ausführungen beginnt.

Am besten beginne ich mit dem Grund, warum ich diese Zeilen schreiben.

Begonnen hat es im Dezember 2014, als es mir gereicht hat mit den ständigen Intrigen, Beschuldigungen und dem “Hinter-dem-Rücken-Gerede“ des bekannten DKP Mitgliedes Michael Beltz gegen mich und Brigitte.

Ich fasste die politische Praxis der DKP Gießen in ein polemisches Gedicht, was in DKP- und SDAJ-Kreisen auch zu Heiterkeit führte: “Der Lehrer von Lokalien vor Ort“. Statt sich jedoch mit dem Inhalt auseinanderzusetzen und die politische Praxis der DKP Gießen und Michael Beltz zu hinterfragen, wurde das Parteiordnungsverfahren gegen mich und Brigitte von großen DKP- und SDAJ-Teilen befürwortet, da ich ja einen wichtigen DKP Vertreter und die Partei selbst beleidigt haben soll.

#### **Was war nun aber Inhalt des Gedichts?**

**Zunächst** prangerte ich an, dass die Themen und Beschüsse des PV – die zu dieser Zeit doch sehr gut und unterstützenswert waren (Stichwort 8. Mai) – von Seiten des Kreissprecherrat als uninteressant für die Arbeit vor Ort angesehen wurde. Von Interesse war vielmehr mit den Grünen und der SPD im Stadtrat zu schwatzen und in einer Bürgerinitiative mit den LehrerkollegInnen die Landesgartenschau zu behindern.

**Zweites** prangerte ich an, dass die Bildungsarbeit, um die ich mich mit Brigitte kümmerte, vom Kreissprecherrat im Fall der “KKE-Thesen zum Sozialismus“ nur missmutig wahrgenommen wurde und im Fall der “Drei Quellen und Bestandteile des Marxismus“ knallhart boykottiert wurde.

**Drittens** prangerte ich den Inhalt des “Gießener Echo“ – Zeitung der DKP Gießen – an. Als Beispiel griff ich mir eine Artikelreihe heraus, die ein drogenabhängiges PDL-Mitglied verteidigte, obwohl auf mehreren Gießener DKP-Mitgliederversammlungen beschlossen wurde, das Thema nicht weiter im Echo zu behandeln. Des Weiteren griff ich einen Artikel an, in dem dazu aufgefordert wurde, dass Hausverwaltungen doch

bitteschön billige Putzkräfte zu beschäftigen hätten, damit die Nebenkosten nicht so hoch seien.

**Viertens** prangerte ich das Nichtstun des Gießener Kreissprecherrat im Fall eines neuen DKP-Mitglieds an. Dieses DKP Mitglied – M.D. – hat sich im Herbst 2014 in einer Gießener Kneipe betrunken und verfolgte eine Frau auf die Toilette. Ihre Begleiter konnten sie aufgrund ihrer Schreie vor einer drohenden Vergewaltigung retten. Anstatt sich zu entschuldigen wurden die Begleiter der Frau von M.D. noch rassistisch beleidigt. Beobachtet wurde alles von der Wirtin – der Freundin eines DKP Genossen. Gegen M.D. wurde von der Mitgliederversammlung der DKP Gießen ein Parteiordnungsverfahren beantragt. Die hessische Schiedskommission lehnte dies jedoch ab, da die MV nicht dazu berechtigt sei, einen Antrag zu stellen und zudem die Schiedskommission nicht dafür zuständig sei, da es sich um eine Straftat handele und diese zunächst von der Polizei verfolgt werden müsse.

M.D. wurde dann von Michael Beltz nach Kassel geschickt und er verschaffte ihm so eine „weiße Weste“. Er ist dort nun Kreisvorsitzender der DKP und sitzt seit kurzem für die “Kasseler Linke“ im Stadtparlament.

Das Parteiordnungsverfahren selbst war nicht gerade ereignisreich. Brigitte und ich wurden zu einem Termin im Juni 2015 nach Frankfurt bestellt, der wirklich als Schauprozess angelegt war. Problem der Hessischen Schiedskommission war nur, dass wir einen Beistand dabei hatten, vor dem notgedrungen selbst Michael Beltz Achtung hatte: Klaus Hartmann.

Statt Brigitte und mich auszuschließen, wurde festgestellt, dass Brigitte mit dem Gedicht nichts zu tun hatte und somit frei gesprochen werden musste. Mir wurde nahe gelegt, mich bei Michael Beltz zu entschuldigen. Da ich dies nicht direkt tat, sondern in einer E-Mail an die DKP Gießen formulierte<sup>21</sup>, wurde ich dazu verurteilt, zwei Jahre lang keine Ämter in der DKP bekleiden zu dürfen.

In meinem Einspruch an die zentrale Schiedskommission schätze ich die Hessische Schiedskommission folgendermaßen ein: *„Kurz gefasst muss nach meinen vorstehenden Darlegungen also die Frage erlaubt sein, ob die hessische Bezirksschiedskommission die kognitiven Fähigkeiten besitzt, Fakten zu akzeptieren, zu analysieren und daraus eine unabhängige Begründung für ihr Urteil verfassen zu können.“*

---

<sup>21</sup> *„Ich bedaure die durch meine Formulierungen entstandenen Missverständnisse und hoffe, dass künftig unterschiedliche Positionen und Schwerpunktsetzungen in einer offenen Atmosphäre und argumentativ ausgetragen werden können.“*

Da ich meinen Einspruch auf die Begründung des Urteils beschränkte, wurde mir vom Vorsitzenden der Zentralen Schiedskommission Thomas Matthes bei der Anhörung in Essen mitgeteilt, dass er seinen KommissionskollegInnen meinen Einspruch aus formalen Gründen nicht einmal zum Lesen geben dürfte. Da fiel mir nur der Wahlspruch der „Anarchistischen Pogo-Partei Deutschlands“ ein: „Inhalte überwinden!“

### **Warum nun aber diese Ausführungen?**

Erstens habe ich in meiner Zeit als aktiver Genosse – ob als Mitglied des Kreisvorstandes in Kassel 2007 bis 2011 oder als einfaches Mitglied in Gießen – zwei Grundsätze in der DKP erkennen müssen:

- A) Du hast keinen Klassenstandpunkt zu vertreten.
- B) Wenn du ihn vertrittst, wirst du ausgeschlossen.

Als Gegenbeispiel zu mir ist M.D. zu nennen. Er hat immer brav das „Gießener Echo“ verteilt und redete Michael Beltz nach dem Mund. Er hat sich entgegen dem Statut und dem Programm rassistisch und sexistisch verhalten und wird trotz allem hofiert.

Zweitens habe ich erkennen müssen, dass der Klassenkampf zunächst in der DKP selbst geführt werden muss, bevor in den gesellschaftlichen Klassenkampf eingegriffen werden kann. Dies mache ich an den Strukturen der DKP fest, die ich bisher kennengelernt habe. Die führenden und tonangebenden Mitglieder – ob in Vorständen oder nicht – sind Lehrer, Professoren bzw. Angestellte, die letzten Endes gar kein Interesse haben, etwas an den Verhältnissen zu ändern, da sie ja möglicherweise nach der Revolution ihren Posten verlieren würden und arbeiten müssten. Somit ist auch Bildung im Sinne des Marxismus-Leninismus nicht gewünscht. Lehrer im Sinne des Genossen Ernst Schneller gibt es nur sehr wenige.

Drittens geht das Schiedsordnungsverfahren gegen mich wohl bald in die nächste Runde. Der Grund dafür ist, dass ich das Wahlbündnis „Kasseler Linke“ über M.D. aufgeklärt habe, dieses sich aber offenbar dafür nicht interessiert, da M.D. sagt, er habe mit den Anschuldigungen nichts zu tun.

Ich werde in diese nächste Runde wohl nicht mehr einsteigen, da ich gelernt habe, dass der Parteivorstand der DKP sich auf einem zentristischen und versöhnlerischen Weg befindet.

Miclas Lacorn, Mailkontakt: [info@buchenwald-gedenken.de](mailto:info@buchenwald-gedenken.de)

P.S.: Der Schriftverkehr mit der Schiedskommission der DKP kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: [dkpsk.buchenwald-gedenken.de](http://dkpsk.buchenwald-gedenken.de)

## Unterstützungsaufwurf für die Zeitschrift GEHEIM

### **Redaktion Geheim: *In eigener Sache***

#### **Kraftanstrengung!**

Wir haben unsere bescheidenen Kräfte zusammengeworfen und konnten in diesem Sinne zwei klare Veränderungen organisieren:

Zum einen wird unsere GEHEIM von nun an wie in der Vergangenheit vierteljährlich erscheinen (à 26 Seiten) und wir hoffen mit diesem Schritt, in Verbindung mit dem durch einen sehr gezielt unterstützten Neuaufbau unserer Webseite, aktueller zu sein und auf diesem Weg neue Interessenten zu gewinnen.

Unsere neue Webseite zeigt Ihnen immer das aktuelle Cover mit dem Inhaltsverzeichnis sowie 2-3 Artikel zur Leseprobe. Bei Interesse, das gesamte Heft zu lesen, können Sie dieses unter dem Menüpunkt "Geheim ABO" entweder einmalig kaufen oder aber auch regelmäßig abonnieren. Dabei wissen wir: GEHEIM muss noch viel besser werden – ob als Print-Magazin oder als Webseite. Auf unserer Homepage werden wir zudem aktuelle Berichte und Analysen in verschiedenen Sprachen veröffentlichen; dafür haben wir ein Übersetzungstool integriert, das – falls nötig – genutzt werden kann. Von unserer Webseite aus kann auch direkt auf die GEHEIM-Facebook-Seite zugegriffen werden. Diese werden wir allerdings nur sehr unregelmäßig aktualisieren können. Das hat nicht nur mit unseren schwachen Kräften zu tun, sondern vor allem auch mit einer gezielten Zensur durch Facebook, wo rassistische, rechtsextreme oder Takfiri-Beiträge nahezu problemlos veröffentlicht werden können, nicht jedoch solche – wie von GEHEIM -, die sich dem Widerstand gegen die imperiale so genannte „Neue Weltordnung“ verpflichtet fühlen.

Deshalb benötigen wir dringend Ihre verstärkte Unterstützung – sei es mit mehr Abos, Spenden für unsere ehrenamtliche Arbeit oder eine aktive Mitarbeit bei Recherchen, Artikeln, Beiträgen oder Werbemaßnahmen. Jedes Abo, jeder Euro, jeder aktive Beitrag macht uns stärker, vielfältiger und/oder aktueller. Spenden von großen Konzernen oder Geheimdiensten bekommen und wollen wir auch nicht! Deshalb notieren Sie bitte unsere Spendenkontonummer: Michael Opperskalski, Magazin GEHEIM, IBAN - DE79370501980012092177, SWIFT – COLSDE33, Stichwort „Spende für GEHEIM“.

Wir hoffen vor allem auch über Ihr konkretes Feed-Back via Mail, Brief, Fax oder persönlich per Telefon!

Michael Opperskalski (Köln) & Redaktion GEHEIM

**GEHEIM Magazin**

*Redaktion*

c/o P.O.Box (Postfach) 270324 in 50509 Köln, FR Germany

Tel: +49-221-2839995 & 6 – Fax: +49-221-2839997

GEHEIM-Hotline (mit Weiterleitungen): +49-221-4719079

Mail: [redaktion-geheim@geheim-magazin.de](mailto:redaktion-geheim@geheim-magazin.de)

URL: [www.geheim-magazin.de](http://www.geheim-magazin.de)

Facebook über: GEHEIM Magazin

<h2>Veranstaltungshinweis</h2>
--------------------------------

### **Lesung mit Michael Kubi - „Die Sowjetdemokratie und Stalin“**

Bitte vormerken: Die Freidenker, LV Hessen, veranstalten eine Lesung „Die Sowjetdemokratie und Stalin“ mit Michael Kubi incl. der Möglichkeit zur Klärung von Fragen und zur Diskussion.

Ort: Frankfurt/Main, Mittwoch, 3. August, 18.00 Uhr, entweder Im Saalbau Gallus oder Bornheim.

Genauerer in der nächsten Ausgabe oder unter: [www.freidenker-hessen.de](http://www.freidenker-hessen.de).

---

Frank Flegel, Gerhart-Hauptmann-Str. 14,  
37194 Bodenfelde-Wahmbeck  
Postvertriebsstück,  
DPAG, H 14360  
Entgelt bezahlt